

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Der Angriff auf Syrien...

...ist vorübergehend gestoppt. Aber der Bürgerkrieg geht unvermindert weiter.



Auch wenn in den Medien viel über einen angeblichen Versprecher von US-Außenminister Kerry spekuliert wurde, spricht mehr für einen Plan B, der bereits auf dem G-20 -Gipfeltreffen von St. Petersburg und dem gleichzeitigen Außenministertreffen Gegenstand der Erörterungen gewesen sein soll. Kerrys Äußerung, die beinhaltete, Assad müsse innerhalb einer Woche seine Chemiewaffen herausrücken, wenn er den Angriff auf Syrien verhindern wolle, kam just zu dem Zeitpunkt, als sich immer deutlicher abzeichnete, Obama würde für einen Angriff nicht das erwünschte Plazet im Kongress erhalten. Schon vorher war der britischen Regierung die Beteiligung vom Parlament untersagt worden. Da die US-amerikanischen Geheimdienste dafür bekannt sind, Kriegsankläge nach Bedarf zu konstruieren, nützte in diesem aktuellen Fall die Behauptung, man habe sichere Beweise dafür, dass die Assad Regierung für ei-

nen Giftgaseinsatz am 21. August in der Nähe von Damaskus mit 1429(?) Toten verantwortlich sei, nicht viel. Die angeblich sicheren Beweise waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sollten aber geglaubt werden. Und da die UN-Inspektoren bei ihren Untersuchungen vor Ort nur feststellen konnten, ob und wenn ja, welches Giftgas zum Einsatz gekommen ist, war es für die US-Regierung nicht zwingend, abzuwarten, bis die Ergebnisse ausgewertet waren. Für den Friedensnobelpreisträger Oba-

ma, gestaltete sich die Situation von Tag zu Tag komplizierter. Zum einen hatte er sich mit seiner roten Linie, die er im Fall eines Chemiewaffeneinsatzes in Syrien als überschritten erklärt hatte, in Zugzwang gesetzt. Andererseits wusste er, dass jeder Angriff auf Syrien als Reaktion auf das Überschreiten der roten Linie vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet werden muss. Ein zustimmendes Votum war in diesem Gremium nicht zu haben,

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Der Angriff auf Syrien	S. 1
Der Präsident als Gefahr für die Linke?	S. 7
Eine neue Politik für den Norden Koreas?	S. 10
Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen	S. 20

...

In eigener Sache

Diese Nummer erscheint zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da der Redaktionsschluß von den Vorschriften der Post bestimmt wird (Versand innerhalb des III. Quartals). So ist es uns nicht möglich, kurz nach der Bundestagswahl das Ergebnis zu analysieren und zu kommentieren.

Das betrifft auch die Hessenwahl und die Landtagswahl in Bayern. Dazu nur soviel: Auch wenn wir nichts beschönigen wollen und die 47,7 % für die CSU und Seehofer als Erfolg für diese zu verbuchen sind, bleibt es doch das zweit-schlechteste aller CSU-Ergebnisse! Insofern grenzt das Triumphgeheule des Chamäleons Seehofer („Wir sind auf dem Weg zur Perfektion“) und des „Bayernkurier“-Urgesteins Scharnagel („Die bayerische Weltordnung ist wieder hergestellt“) schon an Größenwahn. Denn, rechnet man die Nichtwähler mit ein, dann haben sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten für die CSU entschieden. Das ist in Anbetracht der vielen Affären, Bereicherungen, Mißwirtschaft in der Bildung (u.a. G 8) und der milliardenschweren Verspekulierungen (Hypo Alpe Adria, Landesbank) trotzdem noch verwunderlich und zeigt die weit

verbreitete politische Ignoranz der Bevölkerung. Diese hält wahrscheinlich solange an, wie die Kasse des Einzelnen noch stimmt und die schwerwiegenden Zukunftsprobleme Deutschlands weiter totgeschwiegen werden könne.

Unser Kopfartikel hat das wichtigste Thema, das es überhaupt gibt, zum Thema: Krieg und Frieden. Zwar geht es im syrischen Bürgerkrieg noch nicht um den Frieden, doch stand der Nahe Osten kurz vor dem US-amerikanischen Bombenschlag, der die ganze Region in Flammen hätte setzen könne. Die Mächte, die nun, wie es scheint, zu einer diplomatischen Zwischenlösung gefunden haben, suchen einen Kompromiß, wenn auch nicht aus hehrer Friedensliebe. Sie eint, dass bei der gegenwärtigen Konstellation nur schwere Belastungen drohen, es in ihrem Interesse keine Perspektiven gab,

Mit einem weiteren Artikel gehen wir auf die jüngste Entwicklung in Nordkorea ein.

Ein anderes Thema ist die politische Krise in der Tschechischen Republik. Sie führte zum Sturz der Regierung und zur Spaltung der Konservativen. Bei den kommenden

Neuwahlen haben die linken Parteien gute Aussichten.

Eine Buchbesprechung über ein Werk von B. Traven soll dazu beitragen, dass Vergangenes in Erinnerung bleibt.

Nach wie vor werden in Deutschland Kritiker der israelischen Regierungspolitik als Antisemiten diffamiert. Dabei stemmen sich selbst Juden aus aller Welt, und auch aus Israel, gegen die völkerrechtswidrige Politik und den fortwährenden Landraub der israelischen Regierung. Der Bürgerkrieg in Syrien greift bereits auf andere arabische Staaten über. Auch Israel ist Teil dieses regionalen Konflikts. Die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern haben dabei eine besondere Bedeutung. Zur besseren Beurteilung der dortigen Lage trägt ein Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ (Nr. 3, 53. Jg. vom 1.8.12) bei, den wir hierzu abdrucken.

Wir danken für die Überweisungen und die Spenden. Die Urlaubsmonate haben wieder eine finanzielle Lücke verursacht und so sind wir umso mehr auf Spenden angewiesen!



Die 43. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme findet am 26./27.

Oktober in Nürnberg statt. Wir laden hiermit dazu ein! Folgende Themen haben wir u.a. dazu vorgesehen:

1. Klassenfragen und Klassenstrukturen, Referent Ekkehard Lieberam
2. Deutschland nach der Bundestagswahl
3. Bewegung in der Türkei

Näheres und Anmeldung über Tel. 0911/5180381 oder über unser Postfach bzw. e-mail-Adresse

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

weil Russland und die VR China aus mehreren nachvollziehbaren Gründen ihre Zustimmung (bzw. Enthaltung) verweigern würden. Also wäre nur ein völkerrechtswidriger Angriff durch US-Streitkräfte zur Debatte gestanden. Aus diesem Dilemma wurde Obama – zumindest vorerst – durch einen diplomatischen Schachzug der russischen Regierung befreit. Präsident Putin und sein Außenminister Lawrow hatten die Äußerung Kerrys unmittelbar aufgegriffen, sich in Damaskus rückversichert und ein uneingeschränktes Ja zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen verkündet. Inzwischen hat die syrische Regierung bei der UNO den Beitritt zur internationalen Chemiewaffenkonvention beantragt. So weit, so gut. Stefan Ulrich kommentiert



in der *Süddeutschen Zeitung* vom 11. September: „Immerhin ist die Tür zu einer Lösung nun einen Spalt aufgegangen. Amerikaner und Russen sondieren eine Verständigung in der Chemiewaffenfrage. Einigen sie sich, so könnten sie das Momentum nutzen, um den gesamten Fall Syrien neu mit dem Sicherheitsrat ausdiskutieren. Womöglich setzt sich ja die ganz pragmatische Erkenntnis durch, dass ein in Stücke zerrissenes, von Warlords umkämpftes Syrien niemandem nutzt.“ Könnte man meinen, doch spricht einiges dagegen. Zumindest gehen die Kämpfe in Syrien mit unverminderter Härte weiter. Um diese Härte zu verstehen und Erfolgsaussichten einer Verhandlungslösung einschätzen zu können, ist ein Blick auf die Entstehung des Konflikts, auf verschiedene Aspekte seines gesellschaftlichen Hintergrundes und auf die beteiligten Akteure erforderlich.

Über Massendemonstrationen zum Bürgerkrieg

In der Ausgabe 176 der *Arbeiterstimme* wurde der sog. Arabische Frühling einer ersten Einschätzung unterzogen. U.a. wurde auch auf die Entwicklung in Syrien bis Anfang Juni 2012 eingegangen. Schon

damals zeichnete sich eine weitere Zuspitzung der innersyrischen Auseinandersetzungen ab. Das Scheitern des Sondergesandten Annan und die Geldzuweisungen des Golf-Kooperationsrats an die aufständischen Gruppen sollten sich als Wegweiser für die zu erwartende Ausweitung und Verschärfung des Konfliktes erweisen: Weg von massenhaften Protestaktionen und der Einbeziehung der Diplomatie, hin zur Militarisierung

der Auseinandersetzungen. Schon damals waren die Fronten durch die Positionierung von NATO und EU-Staaten gegen Assad, dessen Rücktritt zur Voraussetzung für eine friedliche Lösung erklärt wurde, verfestigt worden. Damit stärkte man den Teilen der Aufständischen den Rücken, die von Haus aus einer Verhandlungslösung abgeneigt sind. Vor einem Jahr war von 3000 Toten die Rede. Heute wird allgemein von über 100.000 ausgegangen. Der Bürgerkrieg hat weite Teile des Landes erreicht. Millionen Menschen haben ihre Wohngebiete verlassen. Schon jede/r vierte Bewohner/in soll auf der Flucht sein. Einigermaßen zuverlässige Angaben über das bestehende Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktparteien sind kaum zu erhalten. Zu unübersichtlich ist die Lage im Land. Die regierungstreuen Staatsorgane haben sich aus der Fläche zurückgezogen. Aufständische sind nachgerückt. Teilweise sind sie bis in die Städte vorgestoßen und haben sich in verschiedenen Stadtteilen festgesetzt, wobei sich die Fronten im Häuserkampf verlieren. Über die Stärke der Rebellengruppen gibt es nur vage Schätzungen. Die sich als „Freie Syrische Armee (FSA)“ bezeichnenden Aufständischen sollen aus etwa 80.000 Kämpfern be-

stehen, deren Kern desertierte Soldaten und Offiziere der Regierungstruppen bilden. Da es in Syrien eine Wehrpflicht gibt, ist es verständlich, wenn sich Wehrpflichtige in großer Zahl weigern, gegen die eigenen Bevölkerung zu kämpfen. Im Umfeld der FSA kommt es zunehmend zu Spannungen zwischen den radikal fundamentalistischen Gruppen al-Nusra und der „Islamic State of Iraq and Syria (ISIS)“.

Die sich vorwiegend aus dem Irak rekrutierende ISIS strebt ein länderübergreifendes Kalifat an. Die Differenzen werden auch bewaffnet ausgetragen. Jürgen Todenhöfer rechnet Al Nusra, dem syrischen Ableger von Al Kaida, 15.000 Kämpfer zu. Ein Drittel davon seien „ausländische Dschihadisten“. Al Nusra sei inzwischen

„die führende Kraft unter den Rebellen und weltweit die größte Al Kaida-Konzentration“ (*Tagesspiegel*, 1.7.13) In der IMI-Studie 5-2013 erwähnt Jürgen Wagner einen Zusammenhang zwischen der Stärke von Al-Kaida nahen Kräften und einer zunehmenden Unterstützung der Regierungsseite durch die Bevölkerung: „Glaubt man (...) Berichten über eine im Auftrag der NATO von internationalen Hilfsorganisationen durchgeführte Umfrage, ist die Unterstützung der Assad-Regierung in der Bevölkerung in jüngster Zeit (...) erheblich gestiegen. Der Grund dafür liege vor allem in der weit verbreiteten Sorge, Al-Kaida-nahe Kräfte könnten sich am Ende durchsetzen, was große Teile der Bevölkerung extrem besorge. Die von der NATO nicht veröffentlichten Daten würden zeigen, dass 70 Prozent der Bevölkerung hinter Assad stünden, weitere 20 Prozent verhielten sich neutral und lediglich 10 Prozent unterstützten die Aufständischen.“ Zu den weiteren Akteuren im syrischen Konflikt sind die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in den Grenzgebieten zur Türkei zu nennen. Für sie ist der Rückzug der syrischen Regierungstruppen eine Gelegenheit, ein autonomes Gebiet zu realisieren und dieses gegen alle zu verteidigen, die einen Autonomieanspruch der Kurden ablehnen. Deshalb herrscht

zwischen den YPG und den Dschihadisten von al Nusra und ISIS ein sehr gespanntes Verhältnis, weil sich die Kurden den politischen Vorstellungen der religiösen Spinner nicht unterordnen wollen und in einem autonomen Status innerhalb eines säkularen syrischen Staates ihre Perspektive sehen. Über die türkische Grenze werden gezielt Dschihadisten in die kurdischen Gebiete eingeschleust um die Verteidigungsstrukturen der Kurden anzugreifen. Auch verdeckt agierende Milizen aus der Türkei sollen die kurdischen Dörfer belästigen. Die türkische Regierung hat sich frühzeitig zugunsten der Aufständischen positioniert und leistet ihnen in erheblichem Maße logistische Hilfe. Meldungen über westliche Spezialeinheiten in Syrien wurden zwar regelmäßig dementiert. „Mitt-



lerweile ist auch nachgewiesen, dass westliche Spezialeinheiten innerhalb Syriens operieren, um die ‚Freie Syrische Armee‘ aufzurüsten und Sabotageakte durchzuführen.“ (J. Wagner, IMI-Studie 5-2013) In Jordanien werden syrische Freiwillige seit längerem von westlichen Ausbildern für den Einsatz in Syrien trainiert. Auf Regierungsseite wird der Kampf gegen die Aufständischen vor allem von der Armee geführt. Über die aktuelle personelle Stärke des Militärs ist wegen der Desertionen wenig bekannt. Der Luftwaffe können die Aufständischen bisher kaum etwas entgegensetzen. Neben dem Militär stützt sich die Assad-Regierung auf Sondertruppen, die Polizei und diverse Geheimdienste. Gefürchtet sind bei den Rebellen die sog. Schabiha-Milizen, irreguläre Gruppen, die von Cousins des Präsidenten geführt werden. Seit einigen Monaten beteiligen sich auch Kämpfer der libanesischen Hisbollah auf Regierungsseite. Ihre Zahl wird von der *Süddeutschen Zeitung* auf 2000 geschätzt. Das Eingreifen der Hisbollah-Verbände soll mit dazu beigetragen haben, den Vormarsch der Aufstän-

dischen zu stoppen und in zentralen Gebieten zum Rückzug zu zwingen.

Der Krieg in und gegen Syrien als Warnung an den Iran

Nicht von der Hand zu weisen ist die Vermutung von Werner Ruf, die US-Administration würde im Zusammenhang mit Syrien eine Strategie verfolgen, die schon einmal in Af-

ghanistan gegen die Sowjetunion erfolgreich eingesetzt worden war, „Ein Bündnis mit dem Teufel“. Das empfiehlt auch der nicht unbedeutende Think tank *Council on Foreign Relations*: „Die syrischen Rebellen wären heute ohne al-Qaida in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv (...) al-Qaidas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom von Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten und am wichtigsten, tödliche Resultate, mit sich. Kurz gesagt, die FSA braucht al-Qaida - jetzt.“ Dass sich die USA keinen neuen Kriegsschauplatz mit Bodentruppen leisten wollen bzw. können, ist bei den meisten Beobachtern Konsens. Der Staatshaushalt der USA hat nicht zuletzt durch die große Wirtschafts- und Finanzkrise und die diversen Kriege längst die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Was bisher die USA selbst bzw. in Arbeitsteilung mit anderen imperialistischen Ländern im Nahen Osten erledigten,

wird nunmehr Saudi-Arabien, Qatar und den Staaten des Golf-Kooperationsrats überlassen. Diesen reaktionären sunnitischen Staaten ist der schiitische Gürtel von Teheran, Bagdad, Damaskus bis zur libanesischen Hisbollah schon lange ein Dorn im Auge. Mit der Schwächung der Assad-Regierung hofft man, dem Iran, dem eigentlichen Gegner des fundamentalistisch-sunnitischen Lagers, einen empfindlichen Schlag zu versetzen.

Womit können die Feudalstaaten der arabischen Halbinsel punkten? Sie haben sich bisher als verlässliche Lieferanten von Öl und Gas erwiesen, treten uneingeschränkt für marktwirtschaftliche Prinzipien ein und verfügen über schier endlose Geldreserven. Damit können sie ziemlich unbegrenzt in den noch zu destabilisierenden Ländern die bestehenden Konflikte anheizen. Auf die sozialen und ökonomischen Herausforderungen in diesen Ländern haben sie noch weniger als die Muslimbrüder Antworten. Schon jetzt weist das sunnitische Bündnis innere Widersprüche auf, die eine nicht unerhebliche Sprengkraft beinhalten. Den wahabitischen Saudis sind nämlich die Muslimbrüder mit ihrer Betonung des Sozialen nicht geheuer. Deshalb unterstützen sie vorwiegend salafistische Bestrebungen in der islamischen Welt. Die Muslimbrüder können sich eher auf Qatar verlassen. So sind schon jetzt die Konfliktlinien in sunnitisch dominierten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas spürbar. Für den Historiker Götz Aly heißt das: „Wer solche politischen Kräfte mit Worten oder Taten unterstützt, hat den Verstand verloren.“ (BZ, 27.8.13) Das alles hält Obamas Administration nicht davon ab, die Strategie einer Verschärfung des syrischen Konfliktes vehement weiter zu verfolgen. Nun ist die Destabilisierung der syrischen Regierung keine Erfindung Obamas. Schon 1957 hatten der US-Präsident Eisenhower und der britische

Regierungschef Macmillan einen Plan abgesegnet, der unter Mithilfe der Muslimbruderschaft u.a. die Ermordung des syrischen Präsidenten Schukri Al-Quatli zum Ziel hatte. Und Lt. US-General Wesley Clark hatte er bereits wenige Tage nach dem Anschlag auf das Welthandelszentrum in New York er von Plänen erfahren, folgende fünf Staaten anzugreifen: Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran. Es ging dabei um „die Kontrolle der Öl- und Gasressourcen der Region“ für die USA. Wenn man sich die Liste anschaut, war die US-Administration in den folgenden Jahren nicht untätig.

Auf einen besonders „perfiden Plan“ verweist J. Wagner. Er hält eine gezielte US-Strategie für denkbar, die auf einen fortdauernden Bürgerkrieg in Syrien setzt, der als „Abnutzungskrieg zu einem idealen Instrument zur Schwächung der anti-amerikanischen sog. Schiitischen Achse (Hisbollah, Syrien zunehmend auch Irak und vor allem aber der Iran)“ dienen könnte. Da inzwischen die Hisbollah auf syrischer Regierungsseite mitkämpft und auf Rebellenseite Dschihadisten und Al-Kaida beteiligt sind, würden durch einen weiterhin andauernden Abnutzungskrieg gleich auch diese beiden, den USA feindlich gesinnten Akteure geschwächt. Vor diesem Hintergrund ergäbe ein kurzer, gezielter Militärschlag, angesichts der zugunsten der syrischen Regierungstruppen verbesserten Lage einen „Sinn“.

Die Widersprüche in der syrischen Gesellschaft als Auslöser des Konflikts

Der schnelle Übergang der syrischen Oppositionsbewegung von friedlichen Protesten zu bewaffneten Formen ist u.a. nur erklärbar, wenn die soziale Lage eines Großteils der Bevölkerung, vor allem die von Jugendlichen zur Kenntnis genommen wird. Schon in den 90er Jahren – die Unterstützung durch das sozialistische Lager war in Folge der Ereignisse in der Sowjetunion weggebrochen – hatte die Regierung unter Hafez al-Assad eine Abkehr von planwirtschaftlichen Strukturen eingeleitet. Als sein Sohn Baschar im Jahr 2000 die Präsidentschaft übertragen bekam, setzte dieser die Politik der ökonomischen Liberalisierung

in raschem Tempo fort, unterstützt von Beratern internationaler Organisationen. Ein EU-Assoziierungsabkommen beschleunigte die Hinwendung zu neoliberalen Konzepten. Präsident Baschar al-Assad wurde in westlichen Wirtschaftskreisen als Reformler und Hoffnungsträger hofiert. Die mit den Wirtschaftsreformen einhergehende Marktöffnung für transnationale Konzerne und der Abbau der Schutzzölle für einheimische Produkte brachte für viele kleine und mittlere Betriebe das Aus. Die Beschäftigten vergrößerten das Heer der Arbeitslosen. Ein Vorgang, wie er in dieser Form in vielen peripheren Staaten stattfand und immer noch stattfindet. Die Liberalisierung des syrischen Marktes hatte für die Masse der Lohnabhängigen äußerst negative Auswirkungen und verschlechterte insgesamt die Lage der Mittel- und Kleinbourgeoisie; sie kannte aber auch Gewinner, vor allem Personen aus dem verwandtschaftlichen Umfeld der Assads wie etwa die Cousins des Präsidenten aus der Familie Machluf: „Machluf kontrolliert den syrischen Mobilfunkanbieter SyriaTel... Analysten zufolge kann ohne sein Einverständnis kein ausländisches Unternehmen Geschäfte in Syrien machen. Das Privatvermögen von Rami Machluf und dessen Bruder Ihab wurde 2006 auf etwa drei Milliarden US-Dollar geschätzt, die Familie Machluf gilt als reichste Familie Syriens. Außer SyriaTel ist Rami im Rahmen der Familiengeschäfte auch an Immobilien- und Bankgeschäften, Freihandelszonen entlang der Grenze zum Libanon, Duty-free-Shops und Luxuskaufhäusern beteiligt; Außerdem ist er Eigentümer der syrischen Tageszeitung al-Watan.“ (Wikipedia) Der Wirtschaftswissenschaftler Nabi al-Salman beschrieb die Situation: „Die neue vermögende Klasse Syriens raffte mit illegalen Mitteln Milliarden von Dollar zusammen, die syrische Regierung ist aber nicht willens, dies zu verändern. Es gibt nachweislich riesige Unterschiede in den Einkommen und Vermögen zwischen der Generation der extrem vermögenden Neureichen, die sich aus hohen Regierungsbeamten und traditionellen Geschäftsleuten zusammensetzt, einerseits und der unteren Klasse andererseits. Die herrschende Baath-Partei hat dieser nichts mehr anzubieten.“ Und das sollte sich für sie, die die Brisanz unterschätzte, als fatal erweisen. Wenn

die Masse der Bevölkerung immer mehr marginalisiert wird, wendet sie sich von den bestehenden Herrschaftsstrukturen ab und sucht nach Alternativen. Diese – wenn auch nur scheinbare – können in vielen arabischen Ländern seit längerem nur Kräfte aus dem politischen Islam anbieten, die wiederum von Saudi Arabien, Qatar und anderen reichen Golfstaaten finanziert werden.

Neben dem neuen Wirtschaftskurs trugen drei weitere Faktoren zur Verschärfung der sozialen Lage bei: Ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum: Allein zwischen 1998 und 2004 wuchs die Bevölkerung von 15,3 auf 18,6 Millionen Einwohner an. Dazu kamen etwa 1,5 Millionen irakische Flüchtlinge, die der Irakkrieg ins Land schwemmte, und schließlich eine langjährige Dürre, die viele Bauern veranlasste, ihr Land aufzugeben und in die Städte zu ziehen, die wiederum auf die vielen Zuwanderer nicht vorbereitet waren. Schon 2007 soll etwa ein Drittel der Bevölkerung in Armut gelebt haben. Und das war noch vor der Weltwirtschaftskrise. Bei einem ökonomischen Modell, das immer mehr Verlierer produziert und den Gegensatz von arm und reich verschärft, bleibt den Regierenden nur die Möglichkeit, die Unzufriedenheit und daraus entstehende Proteste mit den „bewährten“ Mitteln der Repression einzudämmen. Wer immer glaubt, die Konflikte in Syrien seien hauptsächlich von außen ins Land hineingetragen worden, greift zu kurz. Primäre Ursache für den aktuellen Konflikt ist die desolote soziale Lage einer immer größeren Zahl von vorwiegend jugendlichen Syrern und Syrerinnen, die für sich und ihre Familien keine Perspektive sehen und sich bisher auch nicht adäquat politisch einbringen konnten.

Deutschland mit und gegen Syrien

Noch kurz vor und zu Beginn des Übergreifens des sog. arabischen Frühlings auf Syrien, gaben sich Wirtschaftsdelegationen aus der EU, und da wiederum vor allem aus Deutschland, in Damaskus die Klinke in die Hand. Im Unterschied zu den Kolonialmächten Frankreich und England hatte Deutschland zudem in der

Gegend keine Erblasten. Auch wenn Syrien in den 70er/80er Jahren in den Zeiten des Kalten Krieges den Ost-West-Gegensatz im Eigeninteresse zu nutzen wusste, und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion suchte, ließ man in Bonn und später auch in Berlin die guten Kontakte nie abreißen. Vor allem der Bundesnachrichtendienst leistete dabei brauchbare Dienste, was sich an der Personalie Brunner gut aufzeigen lässt.

Alois Brunner, Spitzname Bluthund, hatte als rechte Hand Eichmanns über 128.000 Menschen in die Konzentrationslager deportieren und noch im Juli 1944 in Paris für einen letzten Transport 250 Mädchen und Jungen zusammen-treiben lassen. In Frankreich wurde er in Abwesenheit zweimal zum Tode verurteilt. Durch Mithilfe Gehlens,

des späteren Chefs des Bundesnachrichtendienstes, gelang es Brunner, in den Nahen Osten zu entkommen und als Dr. Georg Fischer Jahrzehnte unbehelligt in Damaskus seinen Geschäften nachzugehen. Er war dort nicht der einzige prominente Naziverbrecher. In diesem Netzwerk betätigte er sich als Waffenhändler, verkehrte in syrischen Geheimdienstkreisen und lieferte Informationen an den Bundesnachrichtendienst. So merkte die *Bild am Sonntag* unlängst an, kein westlicher Geheimdienst habe „so gute Quellen in Syrien wie der BND“. Um dann fortzufahren: „Wir können stolz darauf sein, welchen wichtigen Beitrag wir(!) zum Sturz des Assad-Regimes leisten.“ Während Brunner in den neunziger Jahren in einem Gästehaus von Hafiz-al-Assad, dem Vater des jetzigen Präsidenten gelebt haben soll, hat der BND seine Akte gezielt vernichtet. Dass in syrischen Gefängnissen gefoltert und von den diversen Sicherheitsorganen oppositionelle Regungen mit brachialer Gewalt unterdrückt wurden, war jahrzehntelang kein Thema, das die Beziehungen zwischen der BRD und Syrien beeinträchtigt hätte. Auch

die US-Geheimdienste hatten so viel Vertrauen in syrische Partnerdienste und in das Gefängnisregime des Landes, dass man Gefangene aus Afghanistan zum Zwecke der Folterung vorbeibrachte. Man liest und sieht in deutschen Medien derzeit kaum etwas über diese Zusammenhänge. Im Gegensatz dazu mangelt es nicht an Journalisten und Fernsehkommentatoren, die einer bewaffneten Intervention durch westliche Staaten

schen Interventionen wie etwa im Fall Libyen, wo man sich nicht an den Angriffen beteiligte, Verlass. Seit Monaten ist die Bundeswehr mit der Stationierung der Patriot-Luftabwehrsysteme an der syrischen Grenze zur Türkei präsent. Was immer die Medien am Verhalten der deutschen Delegation beim G-20-Treffen in St. Petersburg auszusetzen hatten, die Merkel-Regierung weiß sich der westlichen „Werte“-gemeinschaft verpflichtet.



Frauen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten

das Wort reden und selbst Politiker aus konservativen Parteien ins Abseits stellen, wenn die wie etwa die Bundeskanzlerin oder der Außenminister zur Vorsicht raten. Dass dabei die Nähe zur Bundestagswahl und eine Bevölkerung, die mehrheitlich ein militärisches Abenteuer ablehnt, eine Rolle spielen dürften, soll nicht unerwähnt bleiben. Natürlich fällt es Vertretern des politischen Christentums in Deutschland nicht unbedingt leicht, Sympathien für syrische „Freiheitskämpfer“ zu empfinden, die sich mehrheitlich an Werten des politischen Islams orientieren. So ist auch die Äußerung des stellv. CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet einzuordnen, der kritisch anmerkte: „Geradezu bizarr ist eine europäische Außenpolitik, die die Rebellen in Syrien als ‚Freiheitskämpfer‘ glorifiziert und die gleichen Kämpfer mit den gleichen Zielen... in Mali als Terroristen bekämpft.“ (FAZ, 22.3.13) Nun sind Worte das eine. Wenn es aber darum geht, die Verlässlichkeit der „deutschen Seite“ unter Beweis zu stellen, ist auf die Bundesregierung auch bei militäri-

Was Syrien betrifft, stellt sich die Bundesregierung aber nicht an die Seite der Scharfmacher à la Hollande. Angela Merkel betonte: „Die Dinge sind sehr schwierig.“ Die Oppositionsparteien – mit Ausnahme der Linkspartei – lehnen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland nicht ab. Die Sozialdemokraten haben vielfach bewiesen, keine vaterlandslosen Gesellen mehr zu sein. Einen von

der Sache her längeren, aber zeitlich recht kurzen Weg hatten die grünen Pazifisten zurückzulegen. Der grüne Co-Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament, Cohn-Bendit, ist immer einer der ersten und vehementesten, wenn es gilt, ein militärisches Eingreifen anzumahnen. So auch bei Syrien: „Ja, die Bundesregierung müsste sich zusammen mit anderen EU-Ländern an der Vorbereitung einer militärischen Aktion beteiligen.“ (Spiegel Online, 30.8.13)

Chancen für eine Beendigung des Konflikts: Gibt es die?

Der Strafrechtler und Rechtsphilosoph an der Universität Hamburg, Reinhard Merkel, macht denen hierzulande, die ihre Hoffnung auf die syrischen Rebellen setzen, wenig Hoffnung: „Nichts von all den romantischen Erwartungen einer demokratischen, rechtsstaatlichen Zukunft, mit denen eine gutgläubige öffentliche Meinung hierzulande die Ambitionen der syrischen Rebellen verklärt hat, wird sich in absehbarer Zeit erfüllen.“ Die Journalistin

der *Süddeutschen Zeitung*, Sonja Zekri, verweist auf die Erfahrungen mit dem Irak und befürchtet für Syrien eine ähnlich fatale Entwicklung: „Seit Beginn des Jahres fielen im Irak 4000 Menschen dem Terror zum Opfer. Das Land ist zerrissen zwischen Sunniten und Schiiten, die Sicherheitskräfte sind nach dem Abzug der Amerikaner nicht in der Lage, die Bevölkerung zu schützen. Falls Syrien zerfällt, würde auch dieser Staat infrage stehen. Es hätte der neuen Opfer nicht bedurft, nicht der 800 Toten im August und nicht der 1000 im Juli, nicht der insgesamt 4000 seit Beginn des Jahres, die dem Terror zum Opfer fielen. Der Irak wäre auch ohne sie das beste Argument gegen jede Einmischung des Westens in Syrien. So aber ist er mehr als nur ein abschreckendes Beispiel.“ (SZ 4.9.13) Leider ist zu befürchten, dass der zum Bürgerkrieg ausgeartete Konflikt in den kommenden Wochen und Monaten unvermindert anhält und weitere Opfer fordert. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt in erster Linie bei den ausländischen Mächten, die die Weiterführung des Krieges durch Geld, Waffen und Munition erst ermöglichen. Um den Konflikt einer Lösung näher zu bringen sind deshalb ein Stopp aller Waffenlieferungen und eine sofortige Waffenruhe unumgänglich. Außerdem müssen auf beiden Seiten die ausländischen Kämpfer abgezogen werden. Die Aufnahme von Verhandlungen könnte zu einer von Regierung und Opposition paritätisch besetzten Übergangsregierung führen. Diese hätte die Aufgabe, eine neue Verfassung, die den multikulturellen Charakter Syriens zum Ausdruck bringt, ausarbeiten zu lassen und freie Wahlen vorzubereiten. Eine Illusion angesichts der realen Lage im Land? Vielleicht. Aber gibt es dazu eine Alternative?

hd

Stand:13.9.13



ČR: Der Präsident als Gefahr für die Linke?

Wenn Miloš Zeman von der Höhe des Präsidentenpalasts aus in die tiefer gelegene Hauptstadt Prag hernieder blickt, hat er für sein Lächeln – das er in der Öffentlichkeit immer aufsetzt – zwei gute Gründe: erstens hat er endlich sein Lebensziel erreicht, Präsident der Republik zu werden, zweitens kann er, dank seiner Bemühung, doch ebenso dem Zufall, die Geschicke seines Landes gleich am Anfang seiner Amtszeit mehr beeinflussen als er (oder sonst jemand) hat erwarten können.

Da er das erste direkt vom Volk gewählte Staatsoberhaupt in der Geschichte der Tschechischen Republik ist, behauptet er, mehr Legitimität zu haben als seine zwei vom Parlament gewählten Vorgänger, Václav Havel und Václav Klaus – obwohl die Verfassung ihm trotz der direkten Wahl nicht mehr Vollmachten zubilligt. Außerdem kann er nie vergessen, dass er 2003, bei seinem ersten Versuch, den Präsidentenposten zu erobern – als er zwar Kandidat der Sozialdemokraten war, doch 27 sozialdemokratische Abgeordnete in der Geheimwahl nicht für ihn stimmten – scheiterte, was ihn bewog, die Partei zu verlassen und der Politik abzuschwören. Das hielt ihn aber nicht davon ab, 2009 eine Partei zu gründen, welche zum eigentlichen Namen Partei der Bürgerrechte unmissverständlich Zemanovci hinzufügte (deutsch etwa Zeman-Gefolgschaft). Um es gleich klar zu machen: der heutige tschechische Präsident, obwohl sechs Jahre, zwischen 1993 und 1999, Vorsitzender der Sozialdemokraten und als solcher Ministerpräsident (1998 – 2002), ist nach Ansicht des Schreibers dieser Zeilen nie ein „richtiger“, also prinzipientreuer Sozialdemokrat gewesen, was man früher schon erkennen konnte und was jetzt in seinem Gebaren und seiner Politik als Präsident immer mehr an den Tag kommt. Auf seine Versuche, seine ehemalige Partei zu spalten (wie man immer wieder in Kommentaren lesen kann), werden wir noch zurückkommen.



Diesen kurzen Blick mussten wir jedoch dem ersten Mann des Staates gleich zu Beginn widmen, da er, vom Zufall begünstigt, in seiner Präsidentenrolle zu einem viel wichtigeren politischen Spieler wurde als zuerst angenommen.

Ein Zufall hat Zeman in seinem autoritären Vorgehen sehr geholfen. Was nie vorher geschehen ist, wurde am 22. Juni wahr: die Polizeisektion, die die Korruption bekämpft, intervenierte spät nachts im Sitz der Regierung und nahm mehrere Personen in Haft – unter ihnen auch die Chefsekretärin des Ministerpräsidenten (der man schon lange eine enge Beziehung zum Regierungschef nachsagte und die u. a. beschuldigt wurde, seine Gemahlin vom Armee-Nachrichtendienst beschatten zu lassen). Es handelte sich um eine Untersuchung, die seit Sommer 2012 im Gang war und Verbindungen zwischen hohen Politikern und einigen Mafia-Bossen aufdecken sollte. Ohne in Einzelheiten zu gehen: infolge des Skandals resignierte der Ministerpräsident Petr Nečas, und in der Folge auch die ganze Regierung.

Einige Worte über diese Regierung sind nötig: Es war fast in jeder Beziehung die schlimmste Regierung in der kurzen (zwanzigjährigen) Geschichte der Tschechischen Republik. Unter dem Banner einer „Regierung der Budget-Verantwortung“ schreckte sie zuerst die Bürger mit dem Gespenst einer möglichen „Griechenland-Lösung“, sollten nicht Kürzungen im Staatshaushalt vorgenommen werden – und machte rasante Ab-

striche in allen sozialen Bereichen. Der Finanzminister – ein ehemaliger Christdemokrat – brüstete sich, das Budgetdefizit nach Weisungen aus Brüssel unter der 3 %-Grenze zu halten – und ließ außer Acht, dass auch dadurch die Wirtschaftslage des Landes immer schlimmer wurde. (Erst nach 3 Jahren, Anfang 2013, fing der Ministerpräsident an, über „wachstumsfreundliche“ Maßnahmen zu sprechen.) Die Öffentlichkeit wurde immer mehr aufgebracht und zornig, der Unmut steigerte sich – Meinungsumfragen zeigten konsequent immer größere Unzufriedenheit, zuletzt bis

der direkten Präsidentenwahl der Rivale von Miloš Zeman, dem er in der zweiten Runde unterlag). Der dritte im Bunde war die kleinste Partei (abgekürzt VV, Öffentliche Angelegenheiten). Die bald zu öffentlich aufgeführten Rede- und Meinungsduellen gewordenen Streitereien der Minister machten nicht nur die einzelnen Politiker, sondern auch die ganze Koalition lächerlich; ganz besonders, als die VV-Partei, welche von ihrem Vorsitzenden, Inhaber eines „Ermittlungsbureaus“, auch finanziert wurde, infolge von Skandalen und innerparteilichen Streitigkeiten zerfiel und 16 von ihren

Alle diese Indikatoren tragen u. a. dazu bei, dass viele Bürger keine Hoffnung haben, ihre Situation könnte besser werden. Die Hoffnungslosigkeit und Frustration machen es z. T. verständlich, dass sie an Ausbrüchen teilnehmen, die kein Ausweg sind, jedoch das Bild eines „Feindes“ anbieten und wo ihre Wut sich austoben kann. In vielen Orten der Republik gibt es Ghettos, von „Ausgestoßenen“ bevölkert – sehr oft Roma. Wie aus dem neuesten Bericht des Sicherheitsinformationsdienstes (BIS, mit dem deutschen BND vergleichbar) hervorgeht, nehmen im-



Juni 2013, rassistische Demonstranten in České Budějovice

80 % – doch die Regierung wich von ihrem Kurs nicht ab, trotz wiederholter Demonstrationen und Protesten.

Dazu gesellte sich politisch eine Schau, die die Regierung zum Ziel von Spott und Abscheu machte. Sie bestand anfangs aus drei Parteien, zwei davon waren erst vor kurzer Zeit entstanden. Die stärkste – Bürgerliche Demokratische Partei, abgekürzt ODS – wurde von Václav Klaus gegründet und geführt – bis er, obwohl zum Ehrenvorsitzenden gewählt, seine Partei verließ. Die zweite – deren Abkürzung TOP 09 aus Anfangsbuchstaben der Worte Tradition, Verantwortung, Prosperität besteht und an das Gründungsjahr erinnert – entstand als Abspaltung von der Christdemokratischen Partei, und obwohl vom Miroslav Kalousek gegründet (der zum Finanzminister wurde und als der starke Mann der Regierung galt), wählte sie Karel Schwarzenberg zum Parteivorsitzenden (als „Maskottchen“ – da sehr populär, in

Abgeordneten die Regierung verließ, derweil 8 andere blieben.

Diese „politischen“ Geschehnisse waren natürlich oft nur possenhafte Blasen auf der Oberfläche. Die materielle Grundlage weckte nach und nach mehr Furcht, als immer mehr sichtbar wurde, dass diese Regierung selber zur Verschlimmerung der Lage von breiten Bevölkerungsschichten viel beitrug. Im dritten Jahr ihres Waltens, wie bereits vermerkt, raffte sie sich zur Erkenntnis auf, – da sie ihre Voraussage, die im April 2013 noch für dieses Jahr ein Wirtschaftsstagnation prophezeite, auf ein Minus von 1,5 % korrigieren musste – nur neue Investitionen könnten der Belebung der Wirtschaft helfen. Durchschnittliche Bruttolöhne sanken im 1. Vierteljahr dieses Jahres, wobei man bedenken muss, dass zwei Drittel der Beschäftigten ohnehin den Durchschnittslohn nicht erreichen. Die Arbeitslosigkeit hat sich z. Z. auf 7,5 % eingependelt, 2014 erwartet man 7,6 %.

mer mehr „einfache“ Bürger an Anti-Roma-Demonstrationen teil. Die Autoren dieses Berichts warnen, es sei ein weit gefährlicheres Phänomen als die nur von der kleinen rechtsextremen Arbeiterpartei (!) veranstalteten Proteste in Roma-Vierteln. (Die letzte massenhafte Anti-Roma-Demonstration fand an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden in der südböhmischen Stadt České Budějovice statt. Es ist bemerkenswert, dass kein Politiker sich bei einer dieser Begebenheiten sehen ließ – obwohl diese Stadt z. B. im Wahlbezirk des Vorsitzenden der KP liegt. Auch der von vielen Bürgern immer noch als ein Linker angesehene Präsident fand keine Gelegenheit, sich zu diesen Ereignissen zu äußern.)

Alle Medien widmen jetzt die größte Aufmerksamkeit den Umständen, welche die neuen Regierung begleiten. Als nämlich, wie erwähnt, unter dem Druck der Untersuchung der Korruptionsskandale – Einzelheiten, weil hohe politische Instanzen

betroffen sind, sind natürlich von Interesse, doch sie würden zu viel Platz einnehmen – die Koalitionsregierung resignierte, nahm verfassungsgemäß der Präsident das Steuer in die Hand. Und Miloš Zeman verstand es selbstverständlich, diese Gelegenheit als ein von Gott gegebenes Moment mit voller Wucht für seine politische Macht zu benutzen. Da in einer solchen Situation das Staatsoberhaupt der Verfassung gemäß den Ministerpräsident ernannt, wählte er – entgegen der Tradition, nach der es üblich ist, dass ein Parlamentsmitglied beauftragt wird – einen Mann, der nicht einmal im Moment mit der Politik zu tun hat. Sein Name ist Jiří Rusnok – ein Ökonom, der einst Minister in Zemans Regierung Anfang des Jahrhunderts war, vor ein paar Jahren für Zemans Partei (erfolglos) kandidierte, im Wirtschaftsrat der resignierten Regierung(!) fungierte und zuletzt Vorsitzender eines Pensionsfonds war. In zwei Wochen setzte er seine Mannschaft zusammen (mit einer weiblichen Ausnahme). Weil die Verfassung vorschreibt, dass eine neue Regierung innerhalb von 30 Tagen im Abgeordnetenhaus die Vertrauensfrage stellen muss, wird es am 8. August auch Jiří Rusnok tun.

Diese Situation ist mindestens aus zwei Gründen der **bekannte Tropfen**, der die politische Krise dieses Staates vollends widerspiegelt: erstens, die Politik ist mit der Korruption so verwachsen, dass schon eine polizeiliche Untersuchung, obwohl noch nicht beendet, zu einer Regierungskrise wird, zweitens, dass das Parlament umgangen werden kann und plötzlich wird in einer parlamentarischen Demokratie ein aktivistischer Präsident zur wichtigsten/mächtigsten Person des Landes.

Zeman zeigt nun, wie autokratisch er regieren kann (und will). Es ist noch nicht völlig sicher, ob seine Pläne aufgehen, doch man nimmt an, seine Strategie könnte erfolgreich sein. Die Parteien der früheren Koalition haben im Abgeordnetenhaus eine – wenn auch nur hauchdünne – Mehrheit von 101 Stimmen. (Die Kammer hat 200 Mitglieder, zwei Abgeordnete sind jedoch im Gefängnis – übrigens wegen Korruption –, sodass 101 Stimmen genügen, um das Misstrauen auszusprechen.) Sie sind Feuer und Flamme, höchst erzürnt über

eine Regierung, die eigentlich nur eine einzige Stütze hat – nämlich den Präsidenten – und die aus nicht gewählten Personen besteht. Die linken Parteien, die Sozialdemokratie wie auch die KP, haben noch keine klare Entscheidung getroffen: einerseits wollen sie nicht gegen Zeman auftreten, andererseits: Gegen diese Regierung zu stimmen, bedeutet auch, dass die erneute Regierung der alten Koalition einen Schritt näher rückt. Die Lage wird kompliziert, weil im Mai des nächsten Jahres reguläre Parlamentswahlen anstehen. Wenn nichts allzu Unerwartetes geschieht, wird als sicher angenommen, dass die Linke sie gewinnen wird. Auch aus diesem Grunde schlägt seit dem Fall der Koalitionsregierung die Sozialdemokratie baldmöglichste Wahlen vor – denn nur so könnte die verworrene Lage gelöst werden. Diesen Vorschlag lehnen die Rechtsparteien ab. Die Abgeordnetenversammlung kann sich jedoch nur selbst auflösen, wenn zwei Drittel ihrer Mitglieder dafür stimmen – dazu hat die Linke nicht genügend Stimmen, denn die Sozialdemokratie samt den Kommunisten und mit Hilfe der kleinen VV-Restpartei bringt es nur auf 91. Dem Präsidenten erlaubt die Verfassung zwei Versuche, einen Ministerpräsidenten zu ernennen. In beiden Fällen muss der Beauftragte natürlich um Vertrauen nachsuchen. Scheitern beide Versuche, ist es der – diesmal die – Vorsitzende der Abgeordnetenversammlung, die jemand mit der Regierungsbildung beauftragt. Weil es sich diesmal um eine ODS-Abgeordnete handelt, würde in einem solchen Fall die „alte“ Regierung ihre Auferstehung feiern – wenn auch nur für einige Monate vor der Wahl. Der Präsident will das offensichtlich nicht zulassen. Er muss also so manövrieren, dass es keinen dritten Versuch gibt. Höchstwahrscheinlich wird es Zeman also so machen, dass nach dem 8. August, wenn die von ihm eingesetzte Regierung das Vertrauensvotum verliert, er eine gewisse Zeit verfließen lässt, bevor er jemand mit der Regierungsbildung beauftragt. Diese Person hat dann wieder Zeit, dies zu tun und erst danach wieder binnen 30 Tagen im Parlament vorstellig zu werden. Dieses Spiel mit der Zeit – falls er keinen anderen Trick findet – könnte es Zeman erlauben, unbehindert zu regieren.

Da sechzig Tage vor der regulären Wahl keine neue Regierungsbildung erlaubt ist, würde der Präsident eine lange Zeit eigentlich ein Alleinherrscher bleiben.

Weil die Sozialdemokraten in Bezug auf die Vertrauensfrage der Rusnok-Regierung gespalten sind – Zeman hat in der Partei seit langem viele wichtige Sympathisanten; in der Regierung sitzen übrigens zwei Parteimitglieder trotz des Parteibeschlusses, an der Regierung nicht teilzunehmen – und diese Spaltung auch im Hinblick auf manche Pläne des Präsidenten sich im Laufe der Zeit vor der Wahl vertiefen würde – kann Zeman seinen Einfluss innerhalb seiner ehemaligen Partei nur verstärken. Er kann hoffen, besonders wenn seine eigene kleine Partei nach der Wahl ins Parlament einziehen würde und die Linke als Ganzes im Parlament die Mehrheit hätte, auf diese Weise seine eigenen Pläne durchsetzen zu können – nicht die Pläne, die man als „links“ bezeichnen könnte. Das ist die Gefahr, die dieses Staatsoberhaupt für die tschechische Linke darstellt.

Štěpán Steiger

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.

Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Der neue KIM – eine neue Politik für den Norden Koreas?

Seit dem Tode Kim Jong-ils sind gut eineinhalb Jahre vergangen, im Norden etabliert sich seither sein Sohn, Kim Jong-un, in den entscheidenden Ämtern der Partei und des Nationalen Verteidigungskomitees. Die Präsidentschaftswahlen im Süden haben die Tochter von Park Chung Hee, Park Geun Hye, an die Macht gebracht. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 21.05.13 meldete, geschah dies unter kräftiger Mithilfe der Geheimpolizei, welche den Oppositionskandidaten systematisch diffamierte und diskreditierte. „Über ihren Vater, von dessen Politik sie sich nur unter Druck distanziert hat, ist sie die Erbin des Alten [Systems]“, so zieht die SZ eine Art Eröffnungsbilanz der neuen Regierungssära.

Anders als sein Vater hat der junge Kim keine Zeit, in seine Ämter hineinzuwachsen. Die Granden der Herrscherfamilie und der anderen Herrschaftsträger in der Partei und vor allem des Militärs entschieden of-



fenbar mit einem kurzen Vorlauf, den Kult um den Führer weiterzutreiben.

Der Gesundheitszustand Kim Jong-ils verschlechtert sich 2011 dramatisch, im Gegenzug wird sein Sohn nach den Beerdigungsfeierlichkeiten und mehreren Wochen Staatstrauer im Tagesrhythmus in seine Ämter gehoben, ohne sich vorher profilieren zu können. Dieses Verfahren könnte mögliche Rivalitäten und Auseinandersetzungen in der Führung unter Umständen erst provozieren, doch scheinen die Gefahren einer „führerlosen“ Zeit - wie nach 1994 mit den folgenden Hungerjahren - schwerer zu wiegen.

Kim Jong-un, ein knapp 30-Jähriger, ist nicht einmal halb so alt wie die ihn umgebenden Politiker und Militärs. Die Jugend soll einen Aufbruch signalisieren, doch reicht dieser erste Impuls bislang nicht über die Fotoshootings in Vergnügungsparks oder bei Popkonzerten mit neuen (Frauen-) Bands hinaus. Daneben nimmt

er seine Pflichttermine bei den weiterhin stattfindenden Vor-Ort-Unterweisungen zwischen mitnotierenden Kadern wahr und erste schriftliche „Verbesserungsanweisungen“ erscheinen querebene zu Themen, die eher Architekten, Landschaftsplaner oder Agraringenieure interessieren sollten als Staatschefs.

Was sein Vater und sein Großvater taten, findet eine bruchlose Fortsetzung. Einige Leitungskader werden ausgewechselt, ohne dass dies zu erkennbaren Veränderungen der Politik führt.

Das CIA-Factbook North Korea¹, das eine Reihe von Kenndaten zusammengetragen und aktualisiert hat, führt z. B. auf, dass von fünfzehn Regierungsmitgliedern in den Jahren 2012 und 2013 lediglich fünf neu ernannt wurden. Die Mehrheit hatte ihre Positionen schon unter Kims Vater inne. In Partei und Militär dürfte sich die Lage nicht wesentlich unterscheiden, es kamen nur wenige

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“).

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



1– Ein Wort zur Verlässlichkeit des Datenmaterials: offiziell werden so gut wie keine Daten verlautbart, nicht einmal aufgehübschte. Häufig sind Angaben zehn Jahre und älter und werden danach fortgeschrieben. Andererseits stößt man auf viele, auch unterschiedliche Angaben. Nordkorea bestätigt oder dementiert dieses Material im Regelfall nicht und eröffnet bewusst der Spekulation Tür und Tor. Wir wissen, dass Nordkorea zu den am intensivsten überwachten Ländern der Erde zählt, es ist nach wie vor im Fokus aller wesentlichen Geheimdienste und Gegenstand von Spionage und Satellitenüberwachung. Unter diesem Gesichtspunkt könnten die CIA-Daten, wie ähnlich gelagerte auch, durch aus Relevanz besitzen, wenn sie, weil aus naheliegenden Gründen veröffentlicht, nicht mit bewussten Verfälschungen, Verkürzungen oder Weglassungen arbeiteten. Die Berufung auf die Aussagekraft von Zahlen erfolgt mit der nötigen Vorsicht und soll mögliche Tendenzen anzeigen, aber keine Beweise liefern.

neue Namen ins Spiel. Außerdem verschwinden längst nicht mehr alle Männer – es gibt in Nordkoreas Führungsriege höchstens Alibi-Frauen – spurlos von der politischen und militärischen Bühne, viele tauchen in gleichen oder in anderen Funktionen wieder auf. Solche Maßnahmen gegen allzu leichte Bildung von Netzwerken und Seilschaften gehören zum Konsens derjenigen, welche die Entscheidungen im Land treffen.

Die Wochen nach dem Tod Kim Jong-ils verdoppeln im wahrsten Sinn des Wortes die Ehrbezeugungen des koreanischen Volkes: zu den Standbildern des verewigten Großvaters werden solche des frisch verstorbenen Vaters gestellt und der Enkel führt die höchsten Gedenkdelegationen an.

Politisch unerfahren und in das Geflecht der Macht bisher nicht eingebunden, muss sich Kim Jong-un darum bemühen, die Legitimität seiner Nachfolge und die Bruch-, wenn nicht sogar die Nahtlosigkeit des Übergangs zu dokumentieren. Diese anhaltende Wiederkehr des immer gleichen Verhaltens wird ihn auf nicht absehbare Zeit in seinen Handlungen binden. Bewährungsproben auf seine Einpassungsfähigkeit in die alten Strukturen gibt es 2012/13 mehr als genug.

Die Feiern zum 100. Geburtstag Kim Il-sungs stehen im April 2012 an. Vielerlei Aufbauleistungen werden zu den Feierlichkeiten übergeben: Wohnungsbauprojekte in Pyonyang, die ein Viertel neu entstehen lassen, gehören ebenso dazu wie die In-Betrieb-Setzung eines Wasserkraftwerkes mittlerer Leistungsfähigkeit nördlich der Hauptstadt oder der (missglückte) Start einer Rakete mit Satellitenfracht.

Letzteres verstößt gegen den UN-Sicherheitsratsbeschluss 1784, jedenfalls nach Ansicht der maßgeblichen Träger dieses Beschlusses, den USA und Russland. Die USA brechen daraufhin ihre Verpflichtungen aus einem Abkommen mit Nordkorea, das

unter anderem das Ende der Nukleartests beinhaltet.² Eine Lieferung von 240 000 Tonnen Lebensmitteln – eine im Verhältnis zu sonstigen Hilfslieferungen, die nicht aus China stammen, wesentlich höhere Zusage – unterbleibt.

Im Gegenzug erklärt sich die DPRK nicht mehr an ihre Zusagen gebunden, was zu erwarten und von den USA einkalkuliert war. Nordkorea geht aber einen Schritt weiter, erklärt sich zur Atommacht und legt dies in der Verfassung nieder.

Während das Land mit Überschwemmungsfolgen zu kämpfen hat, die Teile der Ernte bedrohen, sehen sich die USA einem Scheitern ihrer Drohpolitik gegenüber.³ Damit ist die nächste Krise vorgezeichnet, die den Jahreswechsel 2012/13 prägt. Kurz vor dem 1. Todestag Kim Jong-ils befördert eine nordkoreanische Unha-3-Rakete einen Wettersatelliten erfolgreich in eine Erdumlaufbahn. Man kommt damit übrigens dem gleichen Vorhaben Südkoreas zuvor.⁴ Der UNO-Sicherheitsrat reagiert mit der Resolution 2087 (die Trägerrakete sei langstreckentauglich und der Start damit einem untersagten Raketentest gleichzusetzen), die den Raketentest verurteilt und weitere Handelssanktionen verhängt. Später werden die Sanktionen in der Resolution 2094 nochmals erweitert.

Was die Führung mit Kim unterschätzt: nach den Neuwahlen der chinesischen Staats- und Parteispitzen trägt die Volksrepublik diese Sanktionen mit, sie lässt zusätzlich die Bank of China ein Konto der nordkoreanischen Außenhandelsbank schließen. Dass China die Raketenpolitik Nordkoreas missfällt, wird, unter den gegebenen Umständen, außergewöhnlich heftig zum Ausdruck gebracht. Mitte Februar 2013 findet der dritte Atomtest Nordkoreas seit 2006 statt. Die Führung zeigt, dass sie sich das Recht auf atomare Abschreckung nicht verbieten lässt, geht aber mit diesem Test neue Risiken ein. Denn die bisher verlässliche Konstante,

die Politik der VR China, beginnt zu schwanken, was noch an einigen Beispielen gezeigt werden soll.

Zeitgleich nehmen die USA, mit dem Regierungsprogramm Obamas für die zweite Amtsperiode und der dezidierten Schwerpunktbildung auf Asien, und Südkorea, beim Amtsantritt der neuen Präsidentin Park Geun Hye, den Atomversuch gerne auf, um den gegenseitigen Schulterschluss für die Weltöffentlichkeit zu demonstrieren. Die jährlich im März und April stattfindenden gemeinsamen See- und Landmanöver werden diesmal mit dem Einsatz von B 52-Langstrecken- und den sogenannten Tarnkappenbomben verschärft. Die zweifelsohne schrille Bedrohungsrhetorik des Nordens, welche die massiven Militäreinsätze des Südens an den, zur See umstrittenen, Grenzen begleitet, wird mit entschlossenen Handlungen und Absichtserklärungen beantwortet. Südkorea veröffentlicht den Kauf von Kampfhubschraubern für 1,6 Milliarden US-\$ und den geplanten Erwerb von 60 Kampfflugzeugen, wofür auch der Eurofighter noch zur Wahl stehe. Dies soll die Armee, die knapp 700 000 reguläre Soldaten umfasst und die mit dem drittgrößten Militärbudget in Asien ausgestattet wird, noch schlagkräftiger machen. Im Sommer 2012 meldete die SZ, dass die USA mit dem Verweis auf die „Bedrohungslage“ durch Nordkorea ihre Raketenstationierung in Asien ausbauen werde.⁵ Japan sei in die Beratungen zur Installation komplexer Früherkennungs- und Zielerfassungssysteme eingebunden. Monate später tauchen die Pläne erneut auf, diesmal im Zusammenhang mit der US-Stützpunktinsel Guam.⁶

Präsidentin Park empfängt US-Außenminister Kerry, der vor Ort betont, dass die USA „eine atomare Bewaffnung Nordkoreas nicht hinnehmen“ und sie sekundiert mit dem Befehl an das Militär, „bei Übergriffen der nordkoreanischen Armee mit gleicher Münze zurückzuzahlen“. Oder soll's noch dramatischer klingen? „Jung Seung Jo, der Oberkommandierende der südkoreanischen Armee, hat dem Norden gerade mit einem Präventivschlag gedroht ...“⁸

Diese explosive Gemengelage vor der eigenen Haustüre lässt Peking nicht unberührt. Offen kritisch wie nie zuvor fallen hochrangige Erklärungen aus China aus.

2– Siegfried Knittel: *Unschlagbares Nordkorea* (in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2012, S. 27)

3– *ebd.*, S. 29

4– *Süddeutsche Zeitung*, 13.12.2012

5– *Süddeutsche Zeitung*, 26./27.08.2012

6– *Süddeutsche Zeitung*, 05.04.2013

7– *Süddeutsche Zeitung*, 13./14.04.2013

8– *Süddeutsche Zeitung*, 08.02.2013

China werde keine „Randale an seiner Türschwelle“ dulden (Außenminister Wang Yi), Xi Jinping, der neue Präsident und Generalsekretär der KP, spricht davon, China könne „es nicht tolerieren, dass Nordkorea Atomwaffen besitzt“.⁹

Zwar vermeidet es die Volksrepublik, in ihrer Sanktionspolitik über das beschriebene Maß hinauszugehen oder gar zu entsprechenden Vereinbarungen mit den USA, Südkorea oder Japan zu kommen. Noch gibt es dafür zu viele und zu schwer wiegende Bedenken. Trotzdem sind die Signale an die Führung um Kim eindeutig. China sitzt am längeren Hebel und kann seine Missbilligung mit sehr fein abgestuften Maßnahmen, die gleichwohl unmissverständlich sind, zum Ausdruck bringen. China, Japan und Südkorea bekunden im Mai 2012 ihre Absicht, Verhandlungen über eine Dreier-Freihandelszone aufzunehmen, die als „Wachstumsmotor“ für die Region zu sehen sei. Gleichzeitig wird das erste Wirtschaftsabkommen der drei Staaten untereinander über die Privilegierung der gegenseitigen Investitionen geschlossen. Präsidentin Park wird im Juni 2013 von der Führung in Peking zum Staatsbesuch eingeladen, dies wird Kim Jong-un auf unabsehbare Zeit nicht gewährt werden. Gemeinsam soll an der Denuklearisierung des Nordens gearbeitet werden. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Peking und Seoul werden mit dem geplanten Freihandelsabkommen noch intensiver werden. Zielmarke für den gegenseitigen Warenaustausch 2015 ist ein Volumen von 300 Milliarden US-Dollar.

Zum Vergleich beträgt der Umfang des Warenaustausches zwischen Peking und Pyongyang zur Zeit maximal 2 % dieser Summe; diese etwa 6 Milliarden US-Dollar Importe stellen andererseits gut 70% des gesamten nordkoreanischen Außenhandels dar.

Die Führung unter Kim¹⁰ hat diese zum Teil selbst verschuldete Krise dank ihrer Geschlossenheit nach innen anscheinend unbeschadet überstanden, nach außen sind ihr aber die Grenzen wenn nicht

sie Afghanistan und der Irak schon hinter sich haben, wie sie Syrien gerade erleidet und sie dem Iran droht.

Ist Nordkorea tatsächlich so nahe an der Schwelle, seine Souveränität zu verlieren und zum Gegenstand der Verhandlungen zwischen den (regionalen) Großmächten zu werden? Die Raketenstarts, ob mit militärischer oder ziviler Fracht, signalisieren die Wehrhaftigkeit des Nordens, aber sie dienen auch allen involvierten Mächten als willkommenen Anlass, die eigenen Aufrüstungspläne voranzutreiben.

Von den Absichten der USA und Südkoreas war bereits die Rede, Japan ist ebenfalls auf dem Wege, die auferlegten Militärschranken mit Hinweis auf Nordkorea offen zu überschreiten. Im Gefolge der Krisen in den vergangenen Monaten waren südkoreanische Pläne zu vernehmen, die für eine eigene nukleare Streitmacht plädierten. Wenn man berücksichtigt, dass in Südkorea das erste Atomkraftwerk 1977 ans Netz ging, seither 23 atomare Anlagen laufen, drei Reak-

toren sich im Bau und weitere sechs im Planungsstadium befinden, dann spricht manches für eine schnelle Umsetzbarkeit dieser Absichten. Noch führt wegen der US-Interessen kein Weg dorthin, doch fordern solche Äußerungen die amerikanische Politik neu heraus. Aus dem Bericht des US-Verteidigungsministeriums an den Kongress aus dem Jahr 2012 geht hervor, dass Nordkorea als „fortgesetzte Herausforderung für die Sicherheit“¹¹ der USA gesehen wird. Der Bericht hebt die Bedeutung der Militärallianz zwischen Südkorea und den USA hervor.



gesetzt, so doch deutlich aufgezeigt worden. Sollte die Planung Nordkoreas darauf abgezielt haben, den eigenen Bewegungsspielraum in einer wirtschaftlich und militärisch, damit auch politisch immer wichtiger werdenden Region zu vergrößern, so sind die Absichten gründlich gescheitert. Der Umstand, dass die vielfach antagonistischen Gegensätze politischer und geschichtlicher Art zwischen Südkorea, Japan, China, USA und Russland nur kaschiert, aber keiner Lösung nähergebracht werden, bewahrt Nordkorea davor, einer Zukunft entgegenzusehen, wie

9- Süddeutsche Zeitung, 14.02.2013

10- Das Eigengewicht Kims bei diesen Entscheidungen ist völlig unklar, ungeachtet aller Personalisierungen der hiesigen Presse: „Kim, der Spieler“, „Nordkoreas junger Diktator spielt mit dem Feuer ...“, „Der junge Diktator neigt dazu, sich zu überschätzen“ - die kurze Blütenlese, die für den Tonfall aller deutschen Massenmedien stehen kann, möge als Beispiel genügen.

11- Department of Defense: Military and security developments involving the Democratic People's Republic of Korea. 2012, p. 1

Dieser Aspekt, wiewohl bekannt und akzeptiert, muss wieder einmal hervorgehoben werden, ist er schließlich auch der Grund Pyongyangs dafür, mit dem „Verräterregime“ in Seoul zu keinem Friedensschluss zu kommen. Die USA unterhalten in Südkorea fünfzehn Militärbasen aller Waffengattungen mit ca. 30.000 Soldaten. Faktisch ohne Vorwarnzeit können Operationen auf allen Eskalationsstufen durchgeführt werden. Südkorea befindet sich vorbehaltlos unter dem atomaren „Schirm“ der USA, hat deshalb (bisher) auf eine Atombewaffnung zu verzichten und ordnet die eigene Strategie den amerikanischen Vorgaben unter. Seouls Kompetenzen liegen im wirtschaftlichen und humanitären Bereich, beide Handlungsfelder sind instabil und krisenanfällig.

Worauf kann sich Nordkorea berufen, worauf verlassen?

Russland hat die Abkommen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Inhalts, die Nordkorea mit der Sowjetunion verbanden, nicht fortgeführt. (Nicht mehr einzutreibende) Altschulden des Nordens, etwa 10 Milliarden US-Dollar, wurden „großzügig“ von Russland erlassen, ohne dass dies den Handel zwischen beiden Ländern in erkennbarer Weise belebt hätte.

Mit Japan gibt es nach wie vor keine diplomatischen Verbindungen. Die Entführung von einigen Japanern nach Nordkorea, die vor Jahrzehnten Schlagzeilen machte, ist in Japan nach wie vor ein Akt, der die öffentliche Meinung bestimmt; ganz anders übrigens als die Verschleppung von über einer Million Koreaner als Arbeitsklaven zwischen 1910 und 1945 nach Japan.

Nach den „Sonnenschein“-Jahren kehrt 2008 mit Südkoreas Lee Myung-bak eine Politik zurück, die stärker auf Konfrontation ausgelegt ist. Die Abkommen über die Kaesong-Sonderwirtschaftszone (2002) und Verträge im Tourismusbereich seien aus der Sicht des Südens „eine Hilfe für

den Norden, die nicht an Bedingungen gebunden ist“¹² geworden. Hardliner Lee gewann mit dieser Haltung die Präsidentschaftswahlen. Nordkorea verließ aus Protest gegen den Kurswechsel das einzige Gremium, in dem beide Koreas über ihr strategisches Verhältnis debattieren konnten: die wenige Jahre zuvor von China initiierten Sechs-Parteien-Gespräche. Bis heute wurden keine gemeinschaftlichen Unterredungen zwischen Nord- und Südkorea, China, Japan, USA und Russland mehr aufgenommen.

Somit fehlt seit vier Jahren jede institutionalisierte Verhandlungsrunde aller Akteure in der Koreapolitik und dies unter den Bedingungen einer ungeheuren Konzentration militärischer Vernichtungspotenziale auf der Halbinsel. Bilaterale oder trilaterale Treffen und Vereinbarungen können dieses Defizit nicht ausgleichen und tragen nicht zur Deeskalation bei. Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen stehen nicht mehr auf der Tagesordnung.

Die Isolierung Nordkoreas, die, wegen seiner Nuklearrüstung, zum Teil selbst verschuldet ist, ist zum Inhalt der US-Politik geworden. Den Hebel dazu stellen die Sanktionen dar.¹³

Und die Sanktionen hat auch die VR China mitbeschlossen, sie wird daran gemessen werden, in welchem Umfang sie diese umsetzt. Chinas Problem besteht darin, dass es mit den Restriktionen andere Absichten verfolgen muss als die anderen Beschlusssträger. Aus dessen Sicht soll Nordkorea diszipliniert werden, aber weder bedroht noch destabilisiert. Deshalb wird China die Sanktionen selbst durchbrechen, wenn es die Situation im eigenen Land, vor allem in den mandschurischen Provinzen, oder in Nordkorea erfordert. Schließlich währt der Freundschaftsvertrag zwischen China und Nordkorea, der beide Seiten im Konfliktfall zur Beistandsleistung verpflichtet, unverändert seit 1961. Dass dieser Vertrag die Zeiten des Umbruchs in China, den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus und die Neuausrichtung der VR China als Global

Player überstanden hat, spricht für deren unverändertes strategisches Interesse an der Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel, aber auch für das existenziell gewordene Festhalten der DPRK an diesem letzten Verbündeten.

Die gegenwärtige Lage in Korea ist von weit reichenden Entscheidungen der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Großmächte auf engstem geografischen Raum geprägt. Das Bild vom eher bizarr anmutenden Schlagabtausch der „feindlichen Brüder“ stimmt längst nicht mehr. Andere Weltregionen werden mit Interesse verfolgt, ob und wie nukleare Spannungssituationen gelöst werden und sie werden ihre Politik danach ausrichten.

Kim Jong-un ist unversehens zu einer zentralen Figur geworden, die jetzt an diesem großen Rad mitdreht. Besteht er die Probe nicht, reichen die Folgen weit über sein persönliches Schicksal hinaus.

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

12– *The International Institute For Strategic Studies: Seoul keeps an open mind on North Korea. (Volume 18, Comment 8 - März 2012), p. 2*

13– „Dieser Ansatz [der USA] sieht vor, Pjöngjang zu isolieren ...“ in: Nadine Godehardt: *Pekings zweigleisige Politik gegenüber Pjöngjang. (Stiftung Wissenschaft und Politik - Aktuell 32, Juni 2013, S. 3)*

Zionistische Ideologie im „internationalistischen“ Mäntelchen



Theodor Bergmann (2011): *Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt.*
VSA-Verlag Hamburg,
8,80 €, ISBN 978-3-89965-460-8

Vor einem Jahr haben wir in der Frühjahrsnummer der Arbeiterstimme (Nr.175) unter dem Titel „Klassenanalyse statt Emotionen“ eine Rezension von Heiner Jestrabek über das Buch „Der 100-jährige Krieg um Israel“ von Theodor Bergmann abgedruckt.

Diese Rezension und das Buch selber haben zu längeren Diskussionen in der Redaktion und in der Gruppe am Rande unserer Treffen geführt. Dabei wurde deutlich, dass viele Genossinnen und Genossen

die Einschätzungen, Analysen und Ansichten des Verfassers nicht teilen. Wir drucken in diesem Heft als Beitrag zu dieser Diskussion die Buchbesprechung der Gruppe Arbeiterpolitik aus der „Arbeiterpolitik“ vom 1.August 2012 nach. Dieser Artikel ist eine der besten Darstellungen der historischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in dieser Weltgegend. Er spiegelt auch die Diskussionen, die wir im letzten Jahr geführt haben, sehr gut wider.

Der Verfasser Theodor Bergmann nimmt für sich in Anspruch, dass seine Bewertung der historischen Entwicklung Israels und seiner vergangenen und aktuellen Politik auf der Position eines „kritischen Kommunismus“ und „revolutionären Internationalismus“ basiert. Er beruft sich dabei unter anderem auf Rosa Luxemburg, August Thalheimer, Lenin, Isaac Deutscher. Seine Solidarität gelte „überall den Werktätigen, den verfolgten Kommunisten und Sozialisten, den Unterdrückten.“ Der folgende Beitrag untersucht deshalb, ob der Verfasser seine selbst gesetzten Voraussetzungen – einen Klassenstandpunkt zu vertreten – tatsächlich einlöst oder ob die behauptete

marxistische Herangehensweise nur ein Mantel ist, unter dem die existierenden Unterdrückungsverhältnisse in Israel/Palästina gerechtfertigt und verteidigt werden. Dazu werden drei Schwerpunkte¹ herangezogen, mit denen sich Theodor Bergmann in seiner Broschüre auseinandersetzt:

- seine Bewertung des Zionismus
- seine Bewertung der Kriege, die der Staat Israel seit seiner Gründung führte
- seine Auseinandersetzung mit Lösungsvorschlägen

Der Zionismus – eine Befreiungsbewegung?

Der Titel der Broschüre zeigt die israelische Staatsflagge mit dem bekannten David-Stern, die sich kreuzt mit einer roten Fahne der kommunistischen Bewegung, die das Emblem Hammer und Sichel trägt². So soll dem Leser offenbar vermittelt werden, dass es keinen Gegensatz zwischen Zionismus und kommunistischer Bewegung gebe: „Der Zionismus war eine der vielen nationalen Befrei-

1) Über die drei Schwerpunkte hinaus bietet die Broschüre eine Vielzahl von diskussionswürdigen Einschätzungen und Urteilen, die wir hier aber wegen der Schwerpunktsetzung nicht aufgreifen wollen.

2) Das Motiv ist 1948 aus Anlass der Gründung einer sowjetischen Botschaft in Israel von der dortigen Kommunistischen Partei auf einem Plakat veröffentlicht worden.

ungsbewegungen des 20. Jahrhunderts, deren historische Berechtigung Marxisten anerkannt haben.“ (S. 25).

An anderer Stelle behauptet der Verfasser eine „friedliche ideologische Koexistenz“ zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) und der 1906 gegründeten Partei Poale Zion (Arbeiter Zions): „Der ost- und westmitteleuropäische Zionismus hatte und behielt einen sozialistischen Charakter.“ „Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten.“ (S. 11)

Von Beginn an gab es zwischen Teilen der jüdisch-sozialistischen Bewegung, so wie sie sich seit 1897 organisatorisch im „Bund jüdischer Arbeiter“³ ausdrückten, und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) Widersprüche, die immer wieder zu Auseinandersetzungen führten. Allerdings blieben die Teile der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa, die Sympathien für zionistisches Gedankengut hegten, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine unbedeutende Minderheit.

Letztendlich handelte es sich um die Frage, ob die bedrückende Lage der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland einer besonderen Lösung und eines besonderen Kampfes bedurfte und damit auch einer separaten Organisation oder ob sie nur durch einen gemeinsamen Kampf aller vom Zarismus Unterdrückten zu lösen sei.

Für eine Minderheitsfraktion des „Bundes“, die sich 1903 von der SDAPR abspaltete, und andere linkszionistische Organisationen war die durch den Niedergang des Feudalismus proletarisierte und verarmte jüdische Bevölkerung nicht ein besonderer Teil der russischen Arbeiterklasse, sondern eine eigene „jüdische Nation“, ein „jüdisches Volk“.

Dagegen stand für Lenin, Rosa Luxemburg und andere Kommunisten der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten im Vordergrund und nicht die Schaffung eines besonderen „jüdischen Sozialismus“ auf einer na-

tionalen Grundlage. Eine friedliche Koexistenz beider Ideologien gab es nicht und wird vom Verfasser herbeifabuliert, um die grundsätzlichen Gegensätze zwischen zionistischer Ideologie und Sozialismus zu verschleiern.

Da sich der Autor auch auf Lenin beruft, sei eine Stellungnahme Lenins zitiert, mit der dieser in die Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern des „Bundes“ und der SDAPR eingreift: „Die wissenschaftlich völlig unhaltbare Idee eines besonderen jüdischen Volkes ist ihrer politischen Bedeutung nach reaktionär. Den unwiderleglichen praktischen Beweis hierfür liefern die allgemein bekannten Tatsachen der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. In ganz Europa ist der Verfall des Mittelalters und die Entwicklung der politischen Freiheit Hand in Hand gegangen mit der politischen Emanzipation der Juden, mit ihrem Übergang vom Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung. Sollen wir etwa zu den hausbackenen Theorien zurückkehren und erklären, daß gerade Rußland eine Ausnahme bildet, obgleich dank dem im jüdischen Proletariat erwachten heroischen Selbstbewußtsein die Befreiungsbewegung der Juden in Rußland viel tiefer und umfassender ist? Kann man etwa die Tatsache, daß gerade die reaktionären Kräfte ganz Europas und namentlich Rußlands gegen die Assimilation des Judentums zu Felde ziehen und bestrebt sind, seine Absonderung zu verewigen, als Zufall erklären? Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? – und die Idee der jüdischen ‚Nationalität‘ trägt offen reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine ‚Getto‘-Stimmung erzeugt.“ (Lenin, Werke, Band 7, S. 90 – 91)

In letzter Konsequenz stellte sich für die jüdischen ArbeiterInnen um die Jahrhundertwende die Frage: Wollen wir eine Lösung an der Seite der arbeitenden Bevölkerungen im gemeinsamen Kampf um den Sozialismus oder wollen wir eine „nationale“ Lösung in Palästina, die uns aber an die Seite einer imperialistischen „Schutzmacht“ treibt. Zwei Richtungen schälten sich heraus: Die erste betonte die soziale Frage, die zweite betonte die (für ein als gegeben vorausgesetztes jüdisches Volk) die nachzuholende „nationale“ Frage. Trotz dieser Betonungen gab es eine große Gemeinsamkeit zwischen „linken“ Zionisten (z.B. Poale Zion) und bürgerlichem Zionismus: Beide gingen nicht vom Klassenstandpunkt aus, sondern stellten die „jüdische Volksgemeinschaft“ an die erste Stelle. Und für diese jüdische Volksgemeinschaft sollte eine gemeinsame nationale Heimstätte geschaffen werden.

Bergmann verteidigt diese zionistische Ideologie, denn für ihn wäre „die Juden offenbar doch ein Volk“ (S. 12), das dann notwendigerweise auch „einen eigenen Staat mit allen seinen Attributen, also auch Militär und Geheimdienst“, haben müsse, um „damit nicht mehr ein wehrloses Volk“ zu sein. (ebd. S. 10) Der Zionismus habe „sein Projekt verwirklicht und einen verteidigungsfähigen Staat für mehr als die verfolgte Hälfte des jüdischen Volkes geschaffen“ (ebd. S. 25).

Auf wessen Kosten dieses „Projekt“ geht, dass es von Beginn an im scharfen Gegensatz zu den Interessen der in Palästina lebenden arabischen Bevölkerung stand, interessiert den Verfasser nur am Rande.

Um zu verstehen, weshalb es gar keinen „linken, sozialistischen Zionismus“ geben kann, Zionismus und Sozialismus vielmehr Gegensätze sind, ist es notwendig sich sowohl den historischen Kontext der Entstehungsgeschichte dieser Ideologie anzusehen als auch ihre konkrete Umsetzung in Palästina.

Geschichte des Zionismus

Der Zionismus entstand einerseits als Reaktion auf antisemitische Pogrome, vor allem in den Einflussbereichen des zaristischen Russlands, andererseits war er nur denkbar im

3) der »Bund jüdischer Arbeiter« war eine Sektion der 1898 gegründeten SDAPR mit einem besonderen Autonomie-Status. Sie war 1897 in Vilnius gegründet worden als »Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland«. Die Mehrheit der »Bundisten« identifizierte sich mit dem Postulat »Hiersein und Bleiben«, eine Absage an die zionistische Aufforderung, nach Palästina auszuwandern.

Zusammenhang mit den sich herausbildenden bürgerlichen europäischen Nationalstaaten. Einer der ersten „Vordenker“ eines jüdischen Nationalismus war Moses Hess, ein Jugendfreund von Marx und Engels. 1860 verfasste er mit der Schrift „Rom und Jerusalem“ ein erstes zionistisches Glaubensbekenntnis, in dem er klare Vorstellungen über die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land seiner Väter formulierte und zwar in enger Anlehnung an Ernest Lahanne, persönlicher Sekretär Napoleons III., der einen Zusammenhang zwischen „Der neuen Orientfrage und dem Wiederaufbau eines jüdischen Nationalstaates“ hergestellt hatte. Im Kern sah Hess die konkreten Chancen eines Bündnisses zwischen den Interessen eines französischen Imperialismus und den „jüdischen Interessen nach nationaler und sozialer Emanzipation“. Seine Faszination des Kolonialismus erkennt man in seinem „Plan zur Kolonisation des Heiligen Landes“, den er mit der Vorstellung verband, dass „man dafür sorgen müsse, dass die Siedler sich

militärisch organisieren, damit sie in der Lage seien, sich gegen die Beduinen zur Wehr zu setzen.“ Im Keim enthält diese erste Schilderung einer zionistischen Utopie schon die Grundlagen des späteren palästinensischen Dramas in sich: Die Gründung und militärische Durchsetzung eines jüdischen Staates in Palästina – zugunsten des europäischen Imperialismus in Klein-Asien.

Von mehreren Großmächten gab es im 19. Jahrhundert Versuche, in Palästina (das damals noch zum osmanischen Reich gehörte) Fuß zu fassen. Dabei ging es nicht um eine direkte koloniale Intervention, sondern man übte „Interessenpolitik“ als Schutzmacht für eine bestimmte „Religionsgruppe“ aus und versuchte darüber seinen Einfluss zu vergrößern: So entwickelten alle christlichen Kirchen mit Unterstützung ihrer jeweiligen „Schutzmacht“ fieberhafte Aktivitäten, um in Palästina diverse „heilige Orte“ zu schützen oder zu installieren. Das zaristische Russland trat als Schutzmacht der orthodoxen Kirche in Jerusalem auf, England richtete ein Konsulat in Jerusalem ein und wachte gemeinsam mit Preußen über protestantische Interessen, Frankreich intervenierte 1840 im Libanon, um maronitische Christen vor den Drusen zu retten. Warum sollte also eine jüdische Besiedlung abwegig sein? Zumal in Palästina schon seit Jahrhunderten eine kleine jüdische Religionsgemeinschaft existierte. Vor allem England spekulierte auf jüdische Interessen: Schon 1847 dachte der britische Ministerpräsident Disraeli darüber nach, wie sich mit einem „Judenstaat“ eine Brücke zwischen „Europa und Asien“ schlagen ließe.

Allerdings stießen die Pläne von Moses Hess vor allem im europäischen Judentum angesichts der allgemeinen bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen und der damit verbundenen jüdischen Assimilation auf Unverständnis und Ablehnung. „Die überwiegende Mehrheit der Juden in Westeuropa wurde zu Anhängern der bürgerlichen Weltanschauung, sowohl des Liberalismus wie des ‚aufgeklärten‘ Kaisertums (in Deutschland). Die alten jüdischen Anschauungen, die stark von

der religiösen Orthodoxie geprägt waren, wurden ersetzt durch die Ideen der bürgerlichen Aufklärung – selbst jüdische Gelehrte bemühten sich um eine Synthese ihres Glaubens mit der rationalistischen Philosophie.“⁴ Dies galt vor allem für die jüdische Oberschicht; ein weiterer Teil schloss sich den entstehenden Organisationen der Arbeiterbewegung an und wurde Teil der sozialdemokratischen und später kommunistischen Strömungen. Erst unter dem Eindruck der furchtbaren Pogrome gegen Juden, die sich von Russland ausgehend in fast ganz Osteuropa ausbreiteten – über 160 Städte und Dörfer wurden zum Schauplatz von Massakern –, erfuhren zionistische Vorstellungen eine wachsende Akzeptanz, vor allem unter osteuropäischen Juden, die sich von der Auswanderung nach Palästina eine sichere Perspektive für ihr Leben erhofften. Die westeuropäischen Juden sahen in wachsenden Flüchtlingsströmen der verarmten osteuropäischen Juden eine Bedrohung für die eigenen erhofften Assimilationsbestrebungen; deshalb sahen sie in den zionistischen Besiedlungsplänen eine Möglichkeit die jüdische Wanderungsbewegung der verarmten Ostjuden nach Westeuropa aufzuhalten und nach Palästina umzulenken. Trotz umfangreicher Unterstützung durch den französischen Bankier Rothschild blieb die konkrete Einwanderung zunächst klein. Die sogenannte erste „Alija“ 1891 bis etwa 1897 führte zu etwa 20.000 Siedlern, die gegenüber 700.000 Arabern, die meisten davon arme Bauern, die Land von feudalen arabischen Großgrundbesitzern gepachtet hatten. Sicher ist aber, dass sich nach den traumatischen Erfahrungen der Verfolgung und Ermordung in den osteuropäischen Ländern zionistische Vorstellungen weiter verbreiteten. So schrieb Leon Pinsker in Odessa als Reaktion auf diese Barbarei 1882 das Buch „Auto-Emanzipation“, in dem er ausführte, die einzige Lösung des Problems des Antisemitismus liege in der Zusammenfassung der Juden in einem geschlossenen nationalen Gebiet, einem „ständigen Asyl“. Junge Studenten gründeten daraufhin

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

4) »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, Broschüre, Autonome Nahostgruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik, 1989. S.4

5) Eine ausführliche Darstellung jüdischer Einwanderung nach Palästina findet sich in der erwähnten Broschüre »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld« unter dem Kapitel »Exodus-Einwanderung in die Wagenburg«



1882 eine Organisation, die nach den hebräischen Anfangsbuchstaben des biblischen Wortes „Haus Jakob, erhebe Dich und Gehe“ BILU benannt wurde und dieses Ziel hatte.

Theodor Herzl

Der Hauptvertreter der zionistischen Ideologie kommt jedoch aus Westeuropa: 1896 veröffentlicht der Wiener Journalist Theodor Herzl die zionistische Kampfschrift mit dem Titel „Der Judenstaat.“ Die Kernthese lautet schlicht: Der Antisemitismus, als eine Form des Rassenhasses, kann nur durch die Neuorganisation der Juden innerhalb eines autonomen Gebietes ausgerottet werden. Dieses autonome Gebiet wäre der Zufluchtsort der Verfolgten, es wäre der Staat der Juden. Entscheidend für die Ausbreitung des Zionismus' war der erste zionistische Kongress im Jahre 1897, zu dem 204 Delegierte aus aller

Welt nach Basel gekommen waren. Seit diesem Zeitpunkt ist von einer organisierten politischen Bewegung zu sprechen, die in großem Umfang finanzielle Unterstützung von westjüdischen Unternehmern und Bankiers erhielt. Dies war entscheidende Voraussetzung dafür, dass über den jüdischen Nationalfonds in großem Maßstab palästinensischer Boden von den Großgrundbesitzern, die den Boden an die Fellachen verpachtet hatten, erworben werden konnte.

Der Baseler Kongress beschloss folgende Schritte: Das systematische Vorantreiben der Kolonisation Palästinas durch die Ansiedlung jüdischer Bauern, Handwerker und Arbeiter; die Zusammenfassung des gesamten Judentums mit Hilfe lokaler Vereinigungen und überregionaler Dachorganisationen; die Stärkung des jüdischen Zusammengehörigkeits- und Nationalgefühls – z.B. durch die Schaffung einer einheitlichen Sprache; Schritte, um die Zustimmung

von Regierungen potentieller Schutz-mächte zu erhalten.

Herzl war Realist genug um zu wissen, dass ohne imperialistische Schutzmacht, die ihre eigenen Interessen mit denen der Zionisten verband, kein jüdischer Staat in Palästina existieren könnte. Deshalb wies Herzl „dem Judenstaat“ eine Funktion zu, die neben der Funktion, „Zufluchtsort aller Juden“ zu sein, folgende Aufgabe hat: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walls gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.“⁶

Entsprechend sind seine diplomatischen Schritte: Unterredung mit dem deutschen Kaiser; mit dem Sultan Abdul-Hamid II. (Palästina gehört zum osmanischen Reich); Audienz beim Innenminister des zaristischen Rußlands, von Plehve, einem der Hauptorganisatoren von Pogromen; Gespräche mit Witte, einem Minister des Zaren und fanatischer Antisemit; mit dem britischen Kolonialminister Chamberlain; mit dem Papst.

6) Herzl, *Der Judenstaat*, 1896, S.33, zit.nach: *Der Nahost-Konflikt, Materialien für Schulen und Erwachsenenbildung*, M7, Hamburg/Bonn 2004

Der Zionismus geht also von Beginn an eine enge Koalition mit den reaktionärsten Kräften Europas ein. Dies ist auch nicht verwunderlich: Wenn wir uns die Ausführungen von Lenin vor Augen führen, wird klar, dass Zionisten einerseits und Reaktion und Antisemitismus andererseits bei allen Differenzen sich in einem Punkt treffen: Beide wollen die Integration und Assimilation der Juden verhindern. Die einen durch Auswanderung nach Palästina, die anderen durch Ausgrenzung und Vernichtung. So ist es auch wenig verwunderlich, dass Theodor Herzl in seinem Tagebuch erklärt: *„Die Antisemiten waren unsere getreuesten Freunde, die antisemitischen Staaten werden es verstehen, unsere Verbündete zu sein.“*⁷

In der vorliegenden Broschüre von Bergmann erfahren wir über diese Zusammenhänge nichts. Vom Standpunkt des Verfassers ist das schlüssig, denn sonst könnte er unmöglich vom Zionismus als einer nationalen Befreiungsbewegung sprechen, deren Berechtigung Marxisten anerkannt hätten. Der Zionismus musste sich nicht von imperialer Vorherrschaft befreien, sondern ging von Beginn an ein interessegeleitetes Bündnis mit „imperialen Schutzmächten“ ein, die entsprechend der jeweiligen strategischen Interessen im Nahen Osten wechselten.

„Sozialistischer Zionismus“

Neben diesem „bürgerlichen“ Zionismus eines Theodor Herzl benennt der Verfasser eine zweite Richtung, den „sozialistischen Zionismus“ der Poale Zion (Arbeiter Zions), *„aus der später alle sozialistischen und kommunistischen Parteien Palästinas hervorgingen.“* (ebd. S. 11 *„Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten. Aus der Not der Gleichheit in der Armut bildeten sie die ersten Kibbuzim im Lande. [Paole Zion] wollte dort Arbeiter und Bauern, das Gegenteil zu den ‚Luftmenschen‘ der Ghettos, wollte die ‚jüdische Frage‘ selbst lösen.“* (ebd. S.11)

Dass der Verfasser für diese angeblich sozialistischen Pioniere

Sympathie hegt, wird an folgender Aussage deutlich: *„Die Ideale und Werte der sozialistischen Pioniere, die eine sozialistische Gesellschaft der Gleichen erstrebten – ohne Kapitalisten und Ausbeutung – haben heute natürlich nur Erinnerungswert, obwohl sie für die Motivation der Pioniere äußerst wichtig waren; denn sie halfen ihnen, die Schwierigkeiten zu überwinden.“* (ebd. S.44)

Was der Verfasser uns vorenthält, ist die Tatsache, dass „Gleichheit“ nur für die jüdischen Siedler gelten sollte, die arabische Bevölkerung wurde erbarmungslos ausgegrenzt, von ihrem gepachteten Land vertrieben und bekämpft. Die „Ideale und Werte“ von Paole Zion hießen: *„Jüdischer Boden! Jüdische Arbeit! Jüdische Waren!“*. Was diese Parolen in der Praxis bedeuteten, davon gibt David Hacohe, ein Führer der zionistischen Arbeiterbewegung, in der Ha`aretz vom 15.11.1968 eine aufrichtige Auskunft: *„Ich mußte mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten; mußte die Tatsache verteidigen, daß ich keine Araber in meiner Gewerkschaft akzeptierte; daß wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen, daß wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden, daß wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten, daß wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten, daß wir den ‚Jüdischen Nationalfonds‘ hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb, daß es verboten ist einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen. ... All das zu erklären war nicht leicht.“*⁸ Letztendlich bedeutete diese Praxis nichts anderes als die Verdrängung eines anderen Volkes. Dass solche Boykottaktionen, gerichtet gegen arabische Bauern und Arbeiter, aber auch gegen jüdische Siedler, die Araber auf ihren Plantagen beschäftigten, rein gar nichts mit einem kommunistischen Standpunkt zu tun haben, liegt auf der Hand.

August Thalheimer

Dagegen haben Internationalisten und Kommunisten, darunter auch der von Bergmann vereinnahmte August Thalheimer, eine deutliche Position eingenommen. Es stimmt eben nicht, wenn der Verfasser mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit behauptet, Internationalisten hätten aus Enttäuschung darüber, dass die jüdische Frage nicht durch eine sozialistische Revolution gelöst werden konnte, zum Zionismus eine neutrale Position oder gar keine eingenommen. Dies gilt zumindest nicht für die KPD-O und damit auch nicht für August Thalheimer, wie folgende Auszüge aus einer Stellungnahme der „Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition“ IVKO zeigen, die auf Diskussionen reagierte, die in Palästina von jüdischen GenossInnen geführt wurden, die vor dem Naziregime nach Tel Aviv geflüchtet waren. Zur Frage des Zionismus heißt es darin: *„Wir lehnen als Kommunisten den Zionismus prinzipiell ab. Warum? Weil er real – von aller ideologischen Einkleidung abgesehen – nichts anderes ist und unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes sein kann als ein imperialistisches Kolonialunternehmen. Dieser Charakter wird auch dadurch bedingt, daß a) die Besiedlung mit kapitalistischen Mitteln und kapitalistischer Führung in einem Kolonial- oder Halbkolonialland erfolgt; b) daß das politische Ziel die Aufrichtung eines nationalen jüdischen bürgerlich-kapitalistischen Staates ist. Der besondere Charakter dieses imperialistischen Kolonialunternehmens ist dadurch bestimmt, daß die Juden sich auf keine eigene imperialistische Staatsmacht außerhalb des Siedlungslandes, auf kein eigenes imperialistisches Mutterland stützen können, also zwangsläufig Werkzeuge (unter Umständen auch Opfer) einer bestehenden imperialistischen Macht, die nicht ihre eigene ist, werden müssen. In Palästina des britischen Imperialismus, anderwärts etwa in Madagaskar des französischen Imperialismus usw.“*⁹

Klar distanziert hat sich die KPD-O. bzw. IVKO jedoch von ei-

7) Herzl, Tagebuch, Bd.1, S.10, zitiert nach Jakob Taut, Michel Warschawsky, *Aufstieg und Niedergang des Zionismus, isp-Theorie 8, Frankfurt/M., Mai 1982, Übersetzung aus dem Hebräischen von Jakob Monet*

8) zitiert nach »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, ebd. S.6

9) »Dokument aus dem Jahre 1938, Zur Palästinafrage und zum Zionismus«, in »Arbeiterpolitik« Nr. 1 / 2005

nem Einwanderungsverbot von Juden nach Palästina, so wie es von Führern der arabischen Nationalbewegung aufgestellt wurde: „Zionistische Einwanderung und jüdische Einwanderung überhaupt sind an sich verschiedene Dinge. Praktisch kommt allerdings heute jüdische Einwanderung in Palästina, die nicht zionistisch wäre, kaum in Betracht. Das darf uns aber nicht hindern, besonders mit Rücksicht auf die weiteren Perspektiven, die nach der künftigen Liquidierung des Zionismus bestehen, diese Unterscheidung zu treffen. Wir sind ganz allgemein gegen Einwanderungsverbote. Wir sind für unbeschränktes Einwanderungsrecht nach Palästina.“ (Arbeiterpolitik, Nr. 1 / 2005, ebd.)

Unredlich ist es, wenn der Verfasser behauptet, August Thalheimer habe sich nach der Proklamation des Staates Israel am 14. Mai 1948 dazu positiv geäußert und diese Staatsgründung für notwendig erachtet. Worauf gründet der Verfasser diese Schlussfolgerung? Aus den von ihm zitierten Artikeln der „Internationalen monatlichen Übersichten 1945 – 48“ geht diese Annahme in keiner Weise hervor. Vielmehr untersucht Thalheimer in seinem Beitrag „Palästina“ vom Mai 1948, welche Bedeutung der Staat Israel für die imperialistischen Staaten England und USA einerseits und für die SU andererseits hatte, er erläutert die Widersprüche zwischen England und USA aus der kapitalistischen Konkurrenz und ihre Gemeinsamkeiten aus ihrer Gegnerschaft gegen die SU heraus: „Die USA arbeiten in Palästina sowohl zusammen als auch gegeneinander. Beide sind darin einig, zu verhindern, daß die SU dort eingreifen kann. Beide wollen Palästina mit dem Vorderen Orient als angelsächsisches Herrschaftsgebiet erhalten. Aber die USA versuchen zugleich, England die Vorherrschaft dort zu entwinden und für sich zu sichern. ... Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern.“¹⁰

Isaac Deutscher

Zu einem Kronzeugen für seine Verteidigung des Zionismus macht Theodor Bergmann auch Isaac Deutscher, der allerdings weit entfernt ist von jeder demagogischen Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus. Auch hier gibt der Verfasser nur solche aus dem Zusammenhang gerissenen Textpassagen wieder, die sich scheinbar in seine Ideologie einfügen. Dass Isaac Deutscher den jüdischen Staat aus den Erfahrungen von Auschwitz, wo er seine Familie ver-



lor, und der Barbarei des Faschismus heraus für eine „historische Notwendigkeit“ und für eine „lebendige Realität“ hielt und dennoch kein Zionist war – diesen scheinbaren Gegensatz kann oder will der Verfasser nicht begreifen. Aber Isaac Deutscher selbst gibt dafür eine Erklärung: „Von einem brennenden oder sinkenden Schiff springt man herunter – egal wohin: in ein Rettungsboot, ein Floß oder einen Rettungsring. Der Sprung wird zur ‚historischen Notwendigkeit‘, das Floß wird gewissermaßen zur Grundlage der gesamten Existenz. Aber folgt daraus, daß man den Sprung zum Programm erheben oder einen Floß-Staat zur Grundlage seiner politischen Orientierung machen muß? (...) Für mich kommt es einer weiteren jüdischen Tragödie gleich, daß die Welt in der Mitte dieses Jahrhunderts, in dem der Nationalstaat zunehmend hinfällig wird, die Juden dazu getrieben hat, ihre Sicherheit in einem Nationalstaat zu suchen.“¹¹

Auf „tragische und makabre Weise“ habe der Hitlerfaschismus sowohl das Erwachen eines jüdischen Nationalgefühls verursacht, indem er durch die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung jede Assimilation zunichtegemacht habe, als auch die Errichtung eines zionistischen Staates, der seine Legitimation aus dem Hinweis auf Auschwitz ziehe. „Den größten Beitrag zur Wiederbestimmung der jüdischen Identität hat Hitler geleistet, und darin besteht einer seiner bescheidenen nachträglichen Triumphe.“ (Isaac Deutscher, ebd.,

S.27,) Der Zionismus sei der „politische Höhepunkt jüdischen Mißtrauens gegenüber der nichtjüdischen Welt“ gewesen: „Zu Europas ewiger Schmach hat sich dieses Mißtrauen als nur zu berechtigt erwiesen. Erst nachdem dies auf grausamste Weise deutlich geworden war, nachdem von den 15 Millionen europäischer Juden sechs Millionen in den Gaskammern umgekommen waren und nach dem Israelis sahen, wie die Briten die Geisterschiffe, beladen mit den Wracks des europäischen Judentums, von den Küsten Palästinas verjagten, wurde

der Staat Israel zur Realität.“ (Isaac Deutscher, ebd. S. 79) Der zionistische Staat ist also für Isaac Deutscher Ausdruck einer ganz spezifischen historischen Situation, deren einzige dauerhafte Existenzmöglichkeit er in der Überwindung des jüdischen Nationalismus und im Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung sieht, denn „es waren die Araber, die schließlich den Preis für die Verbrechen zahlen mussten, die der Westen an den Juden begangen hatte.“ (Isaac Deutscher, ebd. S. 92)

Von den Gegensätzen zwischen zionistischen Siedlern und arabischen Bauern und Arbeitern erfahren wir bei Bergmann nichts, im Gegenteil, für ihn hat die Besiedlung Palästinas in der Hauptsache positive Auswirkungen. „Entwickeln heißt bevölkern“, erklärt er uns. Die Einwanderung habe zur Entwicklung des Landes beigetragen, „wenn auch die arabische Bevölkerung einen geringeren Anteil an den Fortschritten hat und nicht völlig gleichberechtigt ist.“ (Bergmann, ebd. S.15) Das ist schon eine arge Verharmlosung der tatsäch-

10) Internationale monatliche Übersichten 1945 – 48, August Thalheimer, Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, S.336

11) Aus »Israels geistiges Klima«, Ersterscheinung in »The Reporter«, April/ Mai 1954, zitiert nach: Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage, Rotbuch-Verlag Berlin, 1977, S.74

lichen Lage der palästinensischen Bevölkerung bis heute. Die Besiedlung war eben untrennbar verknüpft mit der Enteignung und Vertreibung des größten Teils der palästinensisch-arabischen Bevölkerung.

Recht zu geben ist Theodor Bergmann in seiner Annahme, dass längst nicht alle jüdischen Einwanderer Zionisten waren; die meisten von ihnen, vor allem diejenigen, die vor den Nazis flohen, waren Verfolgte, denen jeder andere Weg versperrt war. Aber diese Verfolgten wurden notgedrungen Teil der zionistischen Wagenburg, Teil eines Systems, das die Vertreibung eines anderen Volkes und militärische Expansion zur Grundlage hatte. Als Ende des II. Weltkrieges Hunderttausende Juden, die den Holocaust überlebt hatten und denen Großbritannien und die USA die Einwanderung verwehrt hatten, notgedrungen nach Palästina drängten, fanden sie die zionistischen Strukturen und Organisationen schon vor. Die meisten von ihnen waren mittellos – was hätten sie also anderes tun können, als sich diesen vorgefundenen Bedingungen anzupassen?

Israels Kriege

Grundsätzlich stellt Bergmann Israel als einen „Kleinstaat“ dar, der umgeben sei von feindlich gesinnten Nachbarn, die die Juden ins Meer treiben wollten. *„Israel war damals nicht die Speerspitze des Imperialismus und ist heute nicht ‚der nahöstliche Degen des US-Imperialismus‘, sondern ein Kleinstaat, der nur auf die Aktionen der Mächte reagieren kann, indem er bei jeder weltpolitischen Krise einen neuen ‚Verbündeten‘ sucht.“* (ebd. S. 40) Für ihn sind deshalb alle *„Kämpfe der 1920er und 30er Jahre und die vielen Kriege um das Überleben des jüdischen Volkes, die Sesshaftmachung verfolgter Nomaden“* – notwendig, weil sie dazu geführt hätten, dass das Volk nicht mehr *„wehrlos in engen Ghettos sitzt, sondern modern bewaffnet in einer starken und genügend großen Festung.“* (ebd. S. 56)

Wie stark die „Wehrhaftigkeit“ Israels ist, machte ein Artikel in der FAZ deutlich, der sich unter anderem auf das Londoner International Institute for Strategic Studies berief. Demnach besitzt Israel 200 nukleare Sprengköpfe und modernste von den

USA gelieferte Trägersysteme. Dazu kämen die von Deutschland gelieferten U-Boote, die sich für Atomwaffen umrüsten ließen. *„Vieles spricht dafür, dass Israel schon atomar bewaffnet war, als 1967 der Sechstagekrieg begann. Während des Jom-Kippur-Kriegs im Jahr 1973 soll sich der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan ... vergeblich für eine ‚nukleare Demonstration‘ ausgesprochen haben.“* (FAZ, 14.04.2012) Bekannt ist auch, dass in Dimona, einem Ort in der Negev-Wüste, ein geheimer Atomreaktor existiert.

Scharf kritisiert Bergmann die in der Mitte der 80er Jahre in Israel beginnende Debatte unter den sogenannten „Neuen Historikern“, die sich vor allem mit der offiziellen zionistischen Geschichtsdeutung und den Mythen, die sich um die israelische Staatsgründung ranken, kritisch auseinandersetzen. In Frage gestellt werden von ihnen unter anderem die behauptete Unvermeidbarkeit und Gerechtigkeit der Kriege, die Israel angeblich führen musste, wenn es nicht vernichtet werden wollte. Diese Positionen entwickelten sich vor allem nach der Auswertung von Moshe Sharets Tagebüchern, die nach heftigen Protesten und Prozessandrohungen zionistischer Kreise 1979 veröffentlicht wurden.

Im Gegensatz dazu folgt Bergmann der offiziellen Geschichtsschreibung, was sowohl deutlich wird an seiner Darstellung der Auseinandersetzungen um die Staatsgründung Israels als auch an seiner Erklärung des sogenannten 6-Tage-Krieges 1967. Nach seiner Auffassung war die jüdische Bevölkerung durch den Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 benachteiligt. Er schreibt, *„dass das zukünftige Israel aus zwei räumlich getrennten Teilen bestehen sollte, während der palästinensische Staat ein zusammenhängendes Territorium bilden würde. Flächenmäßig waren die Israelis zwar scheinbar bevorzugt, aber ein großer Teil ihres Gebietes war die Negev-Wüste, damals kaum besiedelt und später nur durch aufwendige und mühevollte Kultivierung bewohnbar gemacht. Israel sollte 56,47 Prozent der Fläche erhalten, davon ein Drittel Kulturland in der Küstenebene, zwei Drittel in der Negev-Wüste. Jerusalem und Bethlehem sollten internationalisiert werden. Dieser Plan wurde von der Jewish Agency angenommen,*

von den Führern der Palästinenser aber abgelehnt.“

Wie „undankbar“, denkt sich der Leser, der die Hintergründe der behaupteten Ablehnung nicht kennt und natürlich auch in der Broschüre nicht kennenlernt, stattdessen „beginnen“ Palästinenser im Bündnis mit den Nachbarstaaten einen Angriff, besetzen Galiläa und greifen Jerusalem an.

Was ist die Vorgeschichte der arabischen Ablehnung des Teilungsplans? Infolge des Faschismus kamen in den 30er und 40er Jahren immer mehr jüdische Flüchtlinge nach Palästina, 1948 lebten schon fast 700.000 jüdische Einwanderer in Palästina. Verbunden war diese Entwicklung damit, dass auf Grund der Landaufkäufe von den meist im Ausland lebenden Großgrundbesitzern immer mehr arabische Bauern ihre Pachthöfe verlassen mussten und sich in ihrer Existenz bedroht sahen. Von 1936 bis 1939 versuchten palästinensische Araber durch Streiks und schließlich durch einen nationalen Aufstand sowohl gegen die britische Mandatsmacht als auch gegen die zionistische Besiedlung dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. 1882 war der jüdische Bevölkerungsanteil erst 5 Prozent gewesen; 1945 war er schon auf über 30 Prozent gewachsen, besaß aber erst 6 Prozent des Bodens nach Eigentumstiteln. Dass der Teilungsplan der Vereinten Nationen von Seiten der palästinensischen Bevölkerung als zutiefst ungerecht empfunden wurde und alle bisherigen Befürchtungen noch übertraf, dürfte im Gegensatz zur Auffassung von Bergmann verständlich sein: Für die jüdische Bevölkerung, die 33 Prozent ausmachte, waren 56,4 Prozent des Landes vorgesehen, für die 66 Prozent der arabischen Bevölkerung jedoch nur 43,6 Prozent. Natürlich wurden die arabischen Einwohner zu diesem Teilungsplan, der Verzicht auf große Gebiete eigenen Landes vorsah, nicht gefragt.

Es ist David Ben-Gurion, erster Ministerpräsident Israels, der ein gewisses Verständnis für den arabischen Widerstand aufbringt, wenn er schreibt: *„Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, während wir ankommen und uns hier niederlassen, und aus ihrer Perspektive wollen wir ihnen ihr Land wegnehmen, noch bevor wir hier richtig*

angekommen sind ... der Aufstand ist aktiver Widerstand seitens der Palästinenser gegen das, was sie als Usurpierung ihrer Heimat durch die Juden betrachten ... Hinter dem Terrorismus steht eine Bewegung, die zwar primitiv, aber von Idealismus und Selbstaufopferung geprägt ist.“¹²

Sofort nach dem Teilungsbeschluss erfolgte eine Fülle von terroristischen Aktionen bewaffneter jüdischer Kräfte, um die den Zionisten zugesprochenen Teilen Palästinas möglichst „araberfrei“ zu machen und möglichst noch weiteres von Palästinensern bewohntes Land zu erobern. Noch vor der Staatsgründung Israels wurden mindestens 17 palästinensische Dörfer angegriffen, dabei 600 Zivilisten ermordet, Hunderte von Häusern gesprengt und Hunderttausende Palästinenser vertrieben. Das Massaker von Deir Jassin Anfang April 1948, bei dem 250 Menschen, in der Mehrheit Frauen, Kinder und Alte, ermordet wurden, und zwar von der Terrormiliz LEHI unter Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachim Begin, hat wesentlich zu dieser Fluchtbewegung beigetragen. Der Einmarsch der arabischen Armeen kurz nach der Proklamation des Staates Israel war nichts anderes als Reaktion auf diese Entwicklung. Am Ende des 48er-Krieges hatte Israel statt der vor gesehenen 56,4 Prozent fast 78 Prozent Palästinas in Besitz genommen, 770.000 Palästinenser waren zu Flüchtlingen geworden. Dass bei diesen Kriegshandlungen auch Opfer unter der jüdischen Bevölkerung zu verzeichnen waren, ist unbestritten.

Das „Persönliche Tagebuch“ von Moshe Sharett beschreibt, wie durch militärische Operationen, teils verdeckt, teils offen, gezielt Gegenangriffe provoziert wurden, die dann eine Grundlage für weitere Gebietseroberungen durch die israelische Armee wurden. (Moshe Sharett war von 1948 – 1956 Israels Außenminister,



Der Checkpoint

von 1954 – 1955 Premierminister). In seinem Tagebuch hielt Sharett neben persönlichen Notizen minutiös fest, wie die arabischen Staaten in eine militärische Konfrontation gedrängt wurden, die das israelische Militär, nach 1945 zunehmend aufgerüstet durch die USA, immer sicher war zu gewinnen und wie man gegenüber der eigenen Bevölkerung den Mythos einer ständigen Bedrohung aufrechterhielt: „Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindselig-

keiten, die wir erfunden haben, nachgedacht, über die vielen Zusammenstöße, die wir provoziert haben, die uns so viel Blut kosten; über die Rechtsverletzungen unserer Männer – die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen.“¹³ Er zitiert unter anderen Moshe Dayan, General und

Verteidigungsminister, der sich über die sogenannten „Vergeltungsschläge“ wie folgt äußerte: „Sie sind unser Lebensnerv. Sie ... helfen uns, in der Bevölkerung und der Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten ... um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinaus-schreien, daß er in Gefahr ist.“ (26.5.1955, Tagebücher, S. 1021). Das auch von Bergmann beschworene „Sicherheitsbedürfnis“ des israelischen Staates hatte demnach im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen sollte der Zusammenhalt der äußerst heterogenen Einwanderergesellschaft durch ein ständiges Bedrohungsszenarium zusammengeschweißt werden, zum anderen lieferte es die Legitimation für weitere Expansionsbestrebungen.

Auch bei der Darstellung des Sechstagekrieges 1967 folgt der Verfasser der offiziellen israelischen Geschichtsschreibung, nach der sich Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und der Irak im Frühjahr 1967 zusammenschlossen, um „Israel zu vernichten und die jüdischen Eindringlinge zu vertreiben; so ihre öffentlichen Erklärungen. Sie hatten in ihrer Siegesgewissheit wieder den Plan von 1947, die Juden ins Mittelmeer zu treiben.“ (S. 32) An anderer Stelle spricht der Verfasser von einem „notwendigen Sieg“, weil nur die Alternative Sieg oder Vernichtung bestanden hätte. (S. 33).

Der Publizist Ludwig Watzal lässt in seinem Buch „Feinde des Friedens –

12) Zitat aus einer Rede von 1938, zitiert nach »Offene Wunde Nahost«, Noam Chomsky, Europa Verlag, Hamburg 2002, S. 32

13) Sharett, zitiert nach Livia Rokach, Israels Heiliger Terror, 1982, S.22

der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern“ etliche israelische Politiker und Militärs zu Wort kommen, die eher das Gegenteil ausdrücken. So z.B. den General Matti Peled, der in der *Le Monde* vom 3. Juni 1972 erklärte: „*All jene Geschichten über die große Gefahr, der wir wegen unseres kleinen Gebietes ausgesetzt waren, kamen erst auf, als der Krieg zu Ende war, sie spielten in unseren Überlegungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten keine Rolle. Vorzutäuschen, daß die ägyptische Armee, die an unserer Grenze stand, in der Lage gewesen wäre, die Existenz Israels zu gefährden, ist nicht nur eine Beleidigung für jeden, der die Lage analysiert, sondern ist primär eine Beleidigung der israelischen Armee.*“ (Matti Peled, zit. nach ebd. S. 34)

Um welche Interessen es bei diesem „Präventivkrieg“ wirklich ging, benennt offenherzig der ehemalige Wohnungsbauminister Mordechai Bentov: „*Die ganze Geschichte der Gefahr einer Zerstörung wurde in jedem Detail im Nachhinein erfunden und übertrieben, um die Annexion arabischen Landes zu rechtfertigen.*“ (Al-Hamishmar, 14.04.1971, Watzal, ebd. S. 34)

Und eben dies war auch das Ergebnis: die Eroberung und Besetzung der Westbank und des Gazastreifens verbunden mit Vertreibungen von 300.000 Palästinensern.

Auch Bergmann benennt die aus dieser Besetzung bis heute andauernden Probleme: „*Noch schwerwiegender waren die Folgen der Besetzung und der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Diese verschärften die Spannungen mit der dortigen Bevölkerung. Die andauernde Besetzung – jetzt im 44. Jahr – zersetzt auch die Moral der Besatzungsmacht, führt zu Geschäftemacherei, Überheblichkeit und Brutalisierung.*“ (Bergmann, ebd. S.33) Aber welche Lösungen bietet der Verfasser an?

Seine Lösungsvorschläge

Die Lösungsvorschläge Bergmanns sind – höflich ausgedrückt – naiv und simpel: Die Palästinenser rücken von unrealistischen Forderungen ab, z.B. nach einem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, gehen in Vorleistung mit einer Anerkennung des Staates Israels, dessen Sicherheit sie garantieren, dann werden die besetzten

Gebiete einschließlich der Siedlungen geräumt und ein Palästinenserstaat entsteht. (ebd.,S.81)

Theodor Bergmann wird sehr genau wissen, dass die Forderung nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zum Selbstverständnis des palästinensischen Widerstands gehört; kein palästinensischer Politiker, ob gemäßigt oder radikal, könnte es sich leisten, diese Forderung als Vorbedingung für einen Palästinenserstaat aufzu geben. Er würde sofort davongejagt. Nicht umsonst wurde die „Flüchtlingsfrage“ bei allen Verhandlungen ausgespart und auf die sogenannten „Endstatusverhandlungen“ verschoben.

Es besteht ein auffällender Widerspruch darin, dass Bergmann natürlich jedem Menschen, der sich zum Judentum bekennt, das Recht zubilligt, in Israel einzureisen und zu leben, während er den vertriebenen Palästinensern eine Rückkehr in ihr Land verwehrt. Für die circa 4 Millionen palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen gäbe es seiner Ansicht nach weder in den besetzten Gebieten noch im israelischen Kernland eine Existenzmöglichkeit. Dies sei undenkbar und dazu als Forderung reaktionär. Undenkbar ist es für den Verfasser natürlich nicht, dass sich Israel als Heimstätte für Juden aus aller Welt begreift und diesen jederzeit ein „Rückkehrrecht“ anbietet.

Abgesehen davon, dass die PLO schon in der Osloer Prinzipienklärung von 1993 das Existenzrecht Israels anerkannt hat, hat Israel bis heute weder seine Grenzen definiert, geschweige denn konkret über einen Palästinenserstaat verhandelt. Nach den gescheiterten „Friedensverhandlungen“ der letzten Jahre, in denen den Palästinensern immer neue „Vorleistungen“ abverlangt wurden, nach dem Vorantreiben der Siedlungen im Westjordanland, der Annektierung Ostjerusalems und dem Bau der Mauer stellt sich die Frage, welche „Existenz“ Israels denn eigentlich von den Palästinensern anerkannt werden soll. Denn inzwischen gehören aus der Sicht der israelischen Regierung zur „Existenz“ Israels auch schon Ostjerusalem, Siedlungen auf der Westbank mit über 400.000 jü-

dischen Siedlern und immer mehr konfisziertes Land für zukünftige Wohnungsbauprojekte sowie die syrischen Golanhöhen.

Erhellend ist, dass Bergmann wohlwollend und ausführlich Amos Oz zitiert, der sich ein Ende des Okkupationszustandes auf der Grundlage des Clinton-Konzepts und der Taba-Vereinbarung vorstellen kann. Dies entspräche auch der Mehrheitsmeinung der Israelis. (ebd., S. 75) Der Verfasser spekuliert offensichtlich darauf, dass kaum ein Leser weiß, was sich tatsächlich hinter dem Taba-Abkommen verbirgt, denn sonst könnte er es kaum als Ausdruck israelischen Friedenswillens präsentieren.

In diesem Abkommen, das Folgeabkommen von Oslo I und deshalb auch Oslo II genannt, wurden der palästinensischen Seite Konzessionen abgepresst, die einen lebensfähigen, wirtschaftlich unabhängigen Palästinenserstaat in weite Ferne rücken, wenn nicht gar unmöglich werden lassen: Es steht für die völlige Zersplitterung der Westbank in verschiedene Zonen, wobei nur in einigen größeren palästinensischen Städten die Zivilverwaltung und die Kontrolle der Sicherheit auf die Palästinenser überging und sich das israelische Militär zurückzog. In der sogenannten Zone B, die circa 420 Dörfer und Kleinstädte umfasste, bekamen die Palästinenser nur die zivilen Aufgaben übertragen, während 400 km Straßennetz und die Siedlungen de facto zu israelischem Staatsland (73 Prozent der Westbank!) erklärt wurden, umgeben von Checkpoints und Mauern, die die palästinensischen Gebiete und Dörfer voneinander trennen und aus ihnen „Bantustans“ machen.

In der „Haáretz“ vom 6. Juli 1995 kommentierte der ehemalige Vize-Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, das Taba-Abkommen folgendermaßen: „*Es bleibt bei der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, der Verteilung des Wassers zugunsten Israels, ökonomischer Ausbeutung, Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung ... Statt die Dinge selber zu regeln, werden israelische Verbindungsoffiziere für die palästinens-*

14) zitiert nach Ludwig Watzal, *Feinde des Friedens, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, S. 115*

sischen Angestellten die Entscheidungen treffen, ebenso, wie es im Gaza-Streifen geschieht“.¹⁴

Es ist schon ein Hohn, wenn der Verfasser solche „Diktate“ gutheißt und gleichzeitig von sich behauptet, seine Solidarität gelte den Werktätigen, den Unterdrückten.

Seine Solidarität gilt auf jedem Fall nicht den unter dem Besatzungsjoch leidenden Palästinensern. Im Gegenteil: Praktische Solidarität mit ihnen ist ihm verdächtig. Dies wird überaus deutlich an der Art und Weise, wie er die Gaza-Hilfsflotte denunziert, die im Mai 2010 versuchte, die seit drei Jahren andauernde Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Geladen waren 1200 Tonnen Hilfsgüter für die verarmte Bevölkerung: Rollstühle, Lebensmittel, Baumaterial für Hütten, Medikamente, medizinische Geräte.

Was macht der Verfasser daraus? Eine „Hilfsaktion“ für die Hamas (ebd., S. 38), ein „heftiger Konflikt“, der „von außen betrieben wurde“, ein „Propagandaerfolg für die Hamas“, eine Aktion, die „außerhalb des Nahen Ostens und besonders in der BRD die antiisraelische Propaganda und auch den Antisemitismus nährte.“ (ebd., S. 55) Kein Wort des Bedauerns angesichts der von israelischen Eliteeinheiten teilweise hinterrücks aus nächster Nähe erschossenen und schwer verletzten Teilnehmer, vielmehr Herunterspielen der israelischen Verantwortung, die von ihm als „diplomatische Unfähigkeit“ verharmlost wird.

Es ist auch bezeichnend, dass sich der Verfasser nicht konkret mit der israelischen Besatzungspolitik auseinandersetzt, sondern auf allgemeine „Friedensbeschwörungen“ beschränkt, denn sonst müsste er

sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Israel zunehmend Fakten schafft, die eine Zwei-Staaten-Lösung illusionär werden lassen.

Dazu gehört z.B. neben der völligen Abriegelung des Gaza-Streifens, deren Bevölkerung im Elend versinkt, der 2002 von der israelischen Regierung begonnene und inzwischen fast abgeschlossene 700 km lange Mauerbau, der das gesamte Westjordanland von Israel abgrenzt



Israelische Frauen, die gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete demonstrieren

zen soll. Schon heute ragt die Mauer teilweise bis zu 22 km tief in extra zu diesem Zweck enteignetes palästinensisches Land hinein. Für eine militärische Pufferzone werden palästinensische Dörfer, Oliven- und Orangenhaine zerstört, Zugänge zu Feldern, Grundwasserbrunnen und Zisternen werden verhindert oder erheblich erschwert. Nach Schätzung sind durch diesen Sperranlagenkomplex 875.000 Palästinenser und 206 Ortschaften direkt betroffen. Die übergroße Mehrheit dieser Orte wird durch den Verlauf der Mauer Israel zugeschlagen. Die großen Siedlungsblöcke um Jerusalem und Tel Aviv, in denen insgesamt etwa 300.000 Israelis wohnen, sind inzwischen vollständig in die israelische Ökonomie integriert. Planungen des israelischen Wohnungsbauministeriums sehen weitere Zehntausende von Wohnungen im Westjordanland vor,

auch als Reaktion auf die Massenproteste von jungen Israelis 2010, die in mehreren Städten gegen die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt protestierten. Die Mehrheit der Bewohner dieser Siedlungsblöcke begreift sich eher als „Siedler“ wider Willen, die keine ideologischen Motive haben. Sie wurden vielmehr in die Siedlungen „getrieben“, weil es nur noch dort hochsubventionierten billigen Wohnraum gibt, der in Israel

nicht mehr zu haben ist. Objektiv werden sie aber – bedingt durch den Sozialabbau und durch die Wohnungsnot in Israel – zu Nutznießern der palästinensischen Enteignung und Vertreibung. Ihre Umsiedlung in israelisches Kerngebiet ist faktisch nicht mehr möglich, auch weil es günstigen Wohnraum dort gar nicht mehr gibt. „Die Fakten sprechen für sich“, schreibt die FAZ vom

2.5.2012, „Regierungsmitglieder brüsten sich damit, dass die Zahl der Siedler im Westjordanland in den vergangenen Monaten um 18.000 auf 360.000 gestiegen sei. Statt Siedlungen zu räumen, arbeitet das Kabinett daran, selbst diejenigen Siedlungen zu legalisieren, die ohne Genehmigung errichtet wurden. (...) Der Raum für einen lebensfähigen Palästinenserstaat wird von Tag zu Tag kleiner.“

Auch Bergmann will in Wirklichkeit keine Rückgabe der durch den Siedlungsbau annektierten palästinensischen Dörfer und Ländereien, mit einem Argument, das noch einmal deutlich macht, wie sehr ethnisches und nicht das Denken von einem Klassenstandpunkt aus seine Argumentation bestimmt: „Maximal 5 Prozent der Staatsbürger wohnen im besetzten Westjordanland. Nach ihren Erfahrungen in jüngster Zeit (Er verrät uns nicht, welche. Die Red.) wollen

sie nicht als ethnische Minderheit unter fremder Herrschaft leben.“ (ebd., S. 26)

Das heißt einer ethnischen Trennungslinie das Wort zureden, die sich materialisiert in einer Mauer, die „Juden“ und „Araber“ voneinander trennt. Konsequenterweise hält Bergmann, da er ein gleichberechtigtes Zusammenleben von „Juden“ und „Arabern“ ausschließt, einen gemeinsamen, binationalen Staat für völlig abwegig. Die Befürworter einer solchen Idee befänden sich in äußerst fragwürdiger Nähe mit dem konterrevolutionären, antikommunistischen, theokratischen Regime im Iran und mit der Hamas. Außerdem unterstütze das Infragestellen eines jüdischen Staates den Antisemitismus. (ebd. S. 26, S. 72, S. 73) Dies sind natürlich „Totschlagargumente“, die den Verfasser in die Nähe der „Antideutschen“ rücken lassen (von denen er sich an anderer Stelle distanziert), denn auch die Antideutschen ersticken jede Kritik am Zionismus mit dem Etikett „antisemitisch“.

Dabei müssten sich doch gerade Kommunisten dafür einsetzen, dass sich der „jüdische“ Staat, der qua Definition alle Nicht-Juden zu Bürgern zweiter Klasse macht, zu einem Staat aller Bürger, die dort leben, wandelt. In einem Staat, der sich rein ethnisch definiert, werden die tatsächlichen Klassenwidersprüche verwischt zugunsten von ethnischen Trennungslinien. So gelingt es der herrschenden Klasse in Israel immer wieder, die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung, die sich am wachsenden Sozialabbau, an den Privatisierungen und an der hohen Arbeitslosigkeit entzündet, in Hass gegen „die Araber“ umzu lenken. Die „jüdische Volksgemeinschaft“ muss sozusagen zusammen gegen die arabische Bedrohung stehen – so die zionistische Ideologie, die Bergmann letztendlich auch vertritt. Wer nicht Teil dieser „Volksgemeinschaft“ ist, wird diskriminiert. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass arabische Israelis auch nach der Eheschließung mit Partnern aus dem Westjordanland erst nach jahrelangen Überprüfungen und Genehmigungsverfahren zusammenleben dürfen. Aber auch dann bleiben diese ein überwachtes „Sicherheitsrisiko“, dürfen kei-

nen Führerschein machen, erhalten keine Arbeitserlaubnis und sind so auch nicht sozialversichert. Palästinenser aus dem Gazastreifen, aus Syrien, Iran, dem Libanon und dem Irak haben überhaupt kein Recht auf Familienzusammenführung (FAZ, 17.01.12) Jüdische Familienzusammenführung ist sofort und unproblematisch realisierbar, nicht jüdische Partner aus dem europäischen Ausland erhalten spätestens nach vier Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung mit Sozialversicherung und Arbeitserlaubnis. Selbst eine formale „Gleichheit vor dem Gesetz“ existiert also für arabische Staatsbürger nicht. Die Klage eines Knessetabgeordneten vor dem Obersten Gerichtshof wegen „Ungleichbehandlung“ wurde zurückgewiesen: Begründung: „weil es praktisch nur die israelischen Araber treffe (...)“ (FAZ, ebd.) Aus dem israelischen Regierungslager gab es Lob für diese Entscheidung, denn es ginge ja auch um die Bewahrung des jüdischen Charakters des Staates.

Wer also wie Bergmann den jüdischen, zionistischen Charakter des Staates Israel verteidigt, muss dann auch die Diskriminierung und Ausgrenzung aller der Menschen in Kauf nehmen und verteidigen, die Nicht-Juden sind. Eine Friedenslösung wird der Verfasser auf diesem Wege nicht finden, denn diese ist überhaupt nur möglich auf der Basis von politischer und sozialer Gleichberechtigung.

Wie schrieb Isaac Deutscher schon 1954? „Solange eine nationalistische Lösung des Problems verfolgt wird, sind Juden wie Araber dazu verdammt, sich in einem Teufelskreis von Haß und Rache zu bewegen. (...) Langfristig könnte eine Lösung jenseits von Nationalstaaten gefunden werden, vielleicht im erweiterten Rahmen einer Nahostföderation. Dann könnte Israel unter den arabischen Staaten eine Rolle spielen, die seinem bescheidenen Bevölkerungsanteil ebenso entspricht wie seinen bedeutenden intellektuellen und geistigen Ressourcen. (...) Für beide Seiten ist eine übernationale Organisation wie eine Nahost-Föderation noch reine Zukunftsmusik. Aber manchmal ist dies die einzige Musik, die anzuhören sich lohnt.“ (Isaac Deutscher, ebd. S. 7)

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 180 Sommer 2013, 40 S.

- Keine Schicksalswahl
- Die Demontage des Sozialstaates
- Vom Elend der Rechtsschulungen für Betriebsräte
- Lateinamerika nach Chavez
- Neues vom Bauarbeiterstreik in Großbritannien von 1972
- Warum hat die DDR-Arbeiterschaft 1989/90 ihr Volkseigentum nicht verteidigt?

Nr. 179 Frühjahr 2013, 36 S.

- 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften – Das Beispiel Bremen
- „Buchstäblich stehen wir vor dem Nichts...“ Biographie Fritz Schreiters
- Kommt Kolumbien dem Frieden näher?
- Breaking the Silence – das Schweigen brechen
- Gegen die Gewerkschaften – 30 Jahre Neoliberalismus in Großbritannien
- Neuer Normalarbeitstag: Kurze Vollzeit für Alle!

Nr. 178 Winter 2012/13, 36 S.

- Der Finanzkrise nächster Akt
- Spanien – Die Abwärtsspirale dreht sich weiter
- Spendenaufruf Griechenland
- Die Leichtlebigen – über den Charakter einer Regierung
- Wahlachse Venezuela
- Der grosse Sieg des Raubgesindels
- Zum 130. Geburtstag von Karl Grönsfelder
- Unsere Jahreskonferenz & Zur Lage der Gruppe

Nr. 177 Herbst 2012, 36 S.

- Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals
- Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil III und Schluß
- Türkei, Träume von der Hegemonie
- BergarbeiterInnenstreik in Nordspanien
- Keine Bremse für die Gier – Agenda 2020 muss her!
- Rosa Luxemburg und die Bremer Linke

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Wieder mal B. Traven lesen: "Die weiße Rose"



Auf geeignetem Boden der Erdoberfläche lassen sich neben Holz Nutzpflanzen für den Nahrungsbedarf von Mensch und Tier anbauen. In der Erdkruste lagern Bodenschätze, die nicht nachwachsen. Unter ihnen lieferten Kohle und Öl die Energiebasis für den Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise. Die Landnahme zur Ölförderung durch Ausbeutung von Erde und Arbeiter ist das Thema des erstmals 1929 erschienen Romans „Die weiße Rose“ von B. Traven.* Der Besitzer einer mexikanischen Hazienda, auf der traditionelle Bedarfswirtschaft betrieben wird, weigert sich, auf verlockende Geldangebote einzugehen, die ihm eine amerikanische Ölgesellschaft macht, um auf dem veräußerten Areal ergiebig vermutete Bohrungen niederzubringen. Er hält sich nicht für berechtigt, die Hazienda zu verpachten. „Ich muß sie behalten für die, die nach mir kommen werden. Die wollen auch essen. Und die müssen sie behalten für jene, die wieder nach ihnen kommen werden. So war das immer.“ Aber sein Kontrahent, der Präsident der Ölgesellschaft, hat keine Skrupel und läßt den Mexikaner

aus dem Weg räumen. Denn nur mit mehr Öl ist mehr Gewinn zu machen. Doch bis es soweit ist, zeichnet B. Traven die kontrastierenden Bilder einer agrarisch-traditionalen auf Treu und Glauben fußenden Lebensweise, die mit den Machenschaften auf Vorstandsetagen und Strategien des Klassenkampfes gegen Lohnarbeiter nicht zu vergleichen ist. Woran aber Leser, damals wie heute, erkennen können, wie es im modernen Kapitalismus zugeht; bis hin zur Darstellung des Verlaufs der Großen Krise Ende der 1920er Jahre, die Traven so deutet: „Dennoch werden diese keineswegs durch übernatürliche und mystische Mächte hervorgerufen, sondern immer nur dadurch, daß eine Einzelperson oder eine Gruppe von Einzelpersonen in das geregelte Wirtschaftsleben gewalttätig eingreift, um es zu einem großen privaten Vorteil auszunützen. (...) Denn ganz so chaotisch, wie es häufig erscheint, ist das kapitalistische Wirtschaftssystem ja nun keineswegs. Die Kapitalisten machen zuweilen Dummheiten, aber sie sind keine Narren. Und nur Narren werden sinnlos darauflos produzieren, ohne stets beide Augen auf den Markt und dessen Aufnahmefähigkeit gerichtet zu haben.“

Was die Verwandlung genügsamer Landarbeiter in entlohnte Ökulis anbetrifft, erkennt der Dialektiker Traven darin dann doch den gesellschaftlichen Fortschritt. „Sie trafen mit anderen Arbeitern zusammen (...), die viel gesehen und erlebt hatten. So eröffnete sich vor ihren körperlichen und geistigen Augen eine ganz neue Welt, (...) verstanden sie mehr und mehr (...).“ Schildert Traven hier nicht Vorgänge, die immer noch, wenn nicht sogar stärker, anhalten? Ein bemerkenswert aktuelles Stück „Arbeiterliteratur“, das mancher inzwischen neu entdecken kann. Bis auf „Das Totenschiff“ sind derzeit weitere Buchtitel von B. Traven nur antiquarisch erhältlich. Sie aufzustöbern hieße Fortsetzung einer Arbeiter- oder Lesekultur, die nicht dem Gestrigen verhaftet ist, sondern Vergewisserung für heute braucht.

Hubert Zaremba, 22.05.2013

*) Das Rätsel um die Herkunft des Autors ist neuerdings weiter aufgeheilt worden. Recherchen verweisen auf seine „Wurzeln“ im Ort Traventhal westlich von Lübeck. Siehe hierzu R. Barth/M. Bielefeld, Wilde Dichter, München 2008, Piper Verlag, S. 293 ff.

Die Wahrheit über die Arbeitslosenzahlen

Die Arbeitsagentur veröffentlicht jeden Monat die aktuellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit in Deutschland. Viele Menschen ohne Job tauchen in der Statistik jedoch gar nicht erst auf. Sie werden stattdessen als „unterbeschäftigt“ geführt. Im Juli 2013 waren offiziell 2,9 Millionen Menschen arbeitslos, das entspricht einer Quote von 6,8 Prozent. In Wirklichkeit waren es jedoch beinahe 3,8 Millionen ohne Stelle (8,8 Prozent)

Wer beispielsweise älter ist als 58 Jahre und ein Jahr lang keine sozialversicherungspflichtige Erwerbsar-

beit angeboten bekommen hat, fällt aus der Statistik. Das betrifft derzeit mehr als 200.000 Menschen. Hinzu kommen 120.000 Ein-Euro-Jobber, knapp 150.000 Personen die sich weiterbilden, und mehr als 160.000 Menschen in „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ (zum Beispiel Bewerbungstrainings).

Im Gesetz ist festgelegt, dass diese Personen nicht als arbeitslos gelten. Die Bundesagentur führt die Statistik so, wie es politisch gewollt ist. Immer wieder werden Änderungen in der Zählweise beschlossen, in den

Jahren von 1995 bis 2010 passierte das zehn Mal. Das kann auch negative Effekte haben: Wenn über 58-jährige nicht mehr als arbeitslos gelten, senke das für das Jobcenter den Anreiz zur Vermittlung, kritisierte die Linken-Politikerin Sabine Zimmermann.

Neben den Arbeitslosen und Unterbeschäftigten gibt es auch noch die stille Reserve. Dazu zählen all jene, die sich nicht beim Arbeitsamt melden. Nach Schätzungen des IAB-Instituts sind das derzeit rund 712.000 Personen.

FW, Der Freitag, 8.8.2013

Anzeigen

ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

 **ROTE HILFE e.V.**, Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de, www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 56036239
BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

DIE ROTE HILFE-Redaktion
Postfach 3255, 37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de



**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

ABONNIEREN SIE JETZT!



STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne. Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

C O U P O N

Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur Abonnent:innen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontnr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

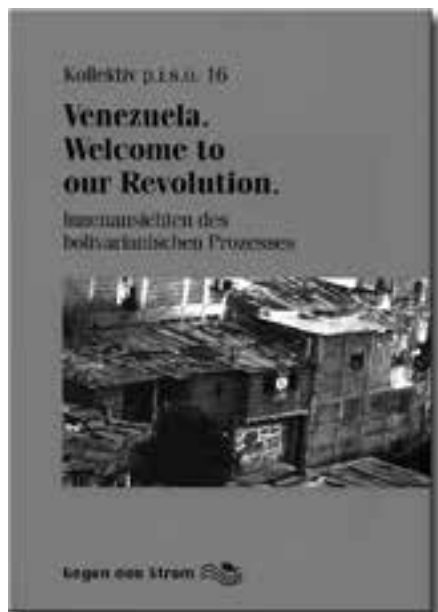
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org